

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Inzerate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 25.

Dienstag, den 30. Januar 1912.

19. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Die Wurzeln des Sieges.*)

Von Karl Kautsky.

Die Zahlen der bei der Hauptwahl abgegebenen Stimmen liegen jetzt für das ganze Reich vor. Sie bestätigen und verstärken den ersten Eindruck. Höchstens insofern bedarf dieser einer Korrektur, als der Mangel an propagandistischer Kraft diesmal nicht den ganzen Liberalismus, sondern seinen rechten Flügel, den Nationalliberalismus kennzeichnet, der sich gerade nur behauptete, seine Stimmenzahl bloß um 35 000 Stimmen vermehrte, um 2 Proz., bei einer Steigerung der Gesamtzahl der gültigen Stimmen um mehr als 8 Proz. Die Freisinnige Volkspartei hat besser abgeschnitten, sie wuchs um über 300 000 Stimmen.

Die schwarzblauen Blockbrüder verzeichnen aber einen direkten Verlust von rund 300 000, bei einer Steigerung der Gesamtstimmenzahl um fast eine Million. Sie umfaßten 1907 noch 4 638 000, 1912 nur noch 4 333 000.

Der Sozialdemokratie fielen 35 Prozent der Stimmen zu. In Wirklichkeit ist aber der geistige Einfluß unserer Partei auf die Bevölkerung weit stärker, als diese Zahlen bezeichnen. Wenn 35 Proz. der politisch interessierten männlichen Bevölkerung über 25 Jahre für uns stimmen, kann man wohl annehmen, daß in den 3½ Millionen junger Leute von 18 bis 25 Jahren die Hälfte auf unserer Seite steht. Unter den älteren proletarischen Elementen gibt es wieder viele, die sozialdemokratisch empfinden, es jedoch nicht wagen, ihr Stimmrecht zugunsten unserer Sache auszuüben. Der Terrorismus durch Ausnutzung aller gottgegebenen Abhängigkeiten, der namentlich auf dem Lande in schamloser Weise geübt wird, richtet sich vornehmlich gegen die Sozialdemokratie. Er raubt uns nicht bloß zahlreiche Stimmen, er zwingt nicht wenige, die im Herzen zu uns gehören, ihr Votum gegen uns abzugeben. Unsere Gegner lieben es, sich damit zu trösten, daß die meisten unserer Wähler nur Mittläufer seien. Konservative und Zentrümmer wären in manchen Wahlbezirken froh, wenn sie Mittläufer hätten. Ihre Wähler sind vielfach Heloten, die nicht freiwillig zur Wahl gehen, sondern von Fremdvögeln dazu gepöbelt werden müssen.

Von den drei großen Parteigruppen, die die Grundrente, den Kapitalprofit, den Arbeitslohn vertreten, ist die letzte heute bereits der Zahl nach in der Bevölkerung die stärkste. Sie ist aber auch die kampffähigste. Sie beherrscht die Zentren des ökonomischen Lebens — fast alle großen Städte sind diesmal schon im ersten Wahlgang unser geworden oder sehen die Sozialdemokratie in der Stichwahl. Die Massen, die uns anhängen, sind unter den arbeitenden Massen die intelligentesten und energischsten. Sene Arbeiterelemente, die sich noch von unseren Gegnern als Kanonensfutter mißbrauchen lassen, um es aus Gewohnheit oder aus Furcht, nicht aus klarer Erkenntnis.

Endlich aber bildet der proletarische Block eine einheitliche Partei, deren Geschlossenheit gelegentliche Meinungsverschiedenheiten nicht zu lockern vermögen. Diese Einheitlichkeit und Geschlossenheit rührt daher, daß das arbeitende Proletariat die große Masse der Bevölkerung darstellt. Nur aus einer einzigen Klasse braucht unsere Partei ihre Massen zu rekrutieren, sie braucht nur ein einziges Klasseninteresse zu vertreten.

Die Interessen des Profits und der Grundrente sind dagegen keine Masseninteressen. Die Besitzenden werden nicht bloß von Jahr zu Jahr immer mehr die Minderheit der Bevölkerung. Sie zerfallen auch in mehrere Gruppen, deren Interessen sich mannigfach kreuzen. Keine dieser Gruppen kann auf der Grundlage ihrer eigenen Interessen allein eine Massenpartei bilden. Jede muß, um Massen anzuziehen, sich den Anschein geben, daß sie Interessen mannigfacher Art vertritt, die gar nicht die ihrigen sind. Und nirgends kann die Gesamtheit der Besitzenden sich in einer einzigen Partei zusammenschließen. Entweder sind die Besitzenden dazu verurteilt, in zahlreiche Parteien zu zerfallen, oder ihre Parteien sind dazu verurteilt, lose Gebilde ohne Disziplin und Zusammenhalt zu bilden, wenn die Verhältnisse sie zum Zusammenschluß in ein paar große Parteien oder „Blöcke“ führen.

Die reaktionären Parteien erzeugen diesen Mangel einigermaßen dadurch, daß sie sich auf mächtige, überkommene Organisationen stützen, die Ultramontanen auf die katholische Kirche, die Konservativen auf den Staat. Den Liberalen fehlt diese Stütze, so können sie es nicht zu Ge-

schlossenheit und Einheitlichkeit bringen, werden wie Spreu vor dem Winde hin und her gefegt. Sie predigen uns die Blockpolitik und vermögen nicht einmal unter sich zu einem festen Block zu kommen. Die Stichwahlen scheinen diesmal neue Belege dazu liefern zu wollen. Nationalliberale schicken sich bereits an, nicht bloß gegen sozialdemokratische, sondern sogar gegen fortschrittliche Kandidaten für Konservativbe einzutreten.

Die Ultramontanen wiederum fühlen den Boden unter sich wanken. Die Stütze der katholischen Kirche genügt ihnen nicht mehr. Sie, die ehemals für diese und mit ihr den Kampf gegen die Staatsgewalt siegreich ausfochten, haben bei der letzten Wahl bereits sehr vernehmlich nach Staatshilfe geschrien. Aber der Kampf gegen die Staatsgewalt hat das Zentrum groß gemacht, ihm zahlreiche oppositionelle, proletarische Elemente zugeführt, die sich mit der heutigen Staatsgewalt unumöglich verfeinden können. Je mehr das Zentrum die staatlichen Kräfte zu seinem Vorwärtkommen benutzt, desto rascher werden ihm seine proletarischen Hilfsstruppen davonmarschieren.

Der mehr geschlossene Block der Rechten ist im Rückgang begriffen. Der Block der Liberalen, der nicht an Stimmen verloren hat, zeigt sich ohne Halt, ohne Einheitlichkeit, ohne Disziplin. Beiden gegenüber steht die Sozialdemokratie, einiger und zahlreicher als je. Das ist die Signatur des jüngsten Wahlkampfes.

Welche politische Situation er schafft, das läßt sich erst ersehen, wenn die Stichwahlen vorbei sind. Das Verhalten der einzelnen bürgerlichen Parteien bei diesen Wahlen wird uns einigen Anhaltspunkt zur Voraussicht dessen geben können, was wir von ihnen im Reichstag zu erwarten haben.

Heute schon aber gestattet uns ein Rückblick auf die Ursachen, denen unser Wahlsieg entsproh, die Probleme zu erörtern, die er dem kommenden Reichstag stellt.

Es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß diesmal die Teuerung die Haupttriebkraft der so überwältigenden oppositionellen Stimmung der Massen bildete. Sie allein hätte jedoch nicht zu unseren Gunsten gewirkt. Hohe Preise hatten wir auch schon 1907. Aber damals wirkten sie eher gegen als für uns. Der Unterschied in der Situation liegt darin, daß wir im Januar 1907 noch eine Ära der Prosperität hatten, in dessen wir jetzt eine Ära der Krisis hinter uns haben, die noch nicht durch einen entschiedenen und länger dauernden Aufschwung unterbrochen ist. Wenn in den Jahren von 1904 bis 1907 die Preise stark stiegen, so erlaubte es der gute Geschäftsgang, daß die Arbeiter, wenigstens die gewerkschaftlich organisierten, die Löhne noch rascher steigerten. Sie konnten ihre Lage verbessern, trotz der Teuerung. Das machte manche unter ihnen politisch indifferent. Auf der anderen Seite sahen die kleinen Unternehmer sowie die Festangestellten, die unter der Teuerung litten, deren Hauptursache in den gestiegenen Löhnen, was sie gegen die Arbeiter und gegen deren Partei erbitterte.

Die Krisis seit 1907 hat den Aufstieg der Löhne zum Stillstand gebracht. Selbst den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern gelang es nur selten in diesem Zeitraum, erhebliche Lohnaufbesserungen zu erringen; fast nie überstiegen diese das Maß der Teuerung. Die große Masse der Arbeiter sah ihre Lebenslage entschieden verschlechtert. Nicht minder litten unter der Teuerung die kleinen „selbständigen“ Leute und die Angestellten. Jetzt aber wurde es ihnen klar, daß nicht die Lohnrückbildungen daran schuld waren, sondern die ökonomische und politische Herrschaft der großen Ausbeuter.

Deren Joch wurde jetzt auch von zahlreichen nicht-proletarischen Schichten immer drückender empfunden. Die regierenden Klassen haben alles aufgebieten, den Druck noch zu verschärfen.

Der glänzende Wahlsieg von 1903 war nicht zum wenigsten eine Folge des energischen Kampfes gewesen, den unsere Fraktion so gut wie allein gegen die Erhöhung der Zölle im Reichstag geführt hatte. Der wirtschaftliche Aufschwung von 1904 bis 1907 schien aber die Auffassung unserer Partei von der Verderblichkeit des neuen Zolls Lügen zu strafen. Unsere Gegnerschaft gegen ihn wirkte in dieser Zeit bei den Massen durchaus nicht zu unseren Gunsten. Das ist in den letzten Jahren ganz anders geworden. Selbst zahlreiche Kleinbauern leiden heute unter den Zöllen auf Brotgetreide und Futtermittel, ebenso wie die gesamte städtische Bevölkerung. Sie alle erinnern sich jetzt, wie die einzige Partei, die mit aller Entschiedenheit die Durchföhrung dieser Zölle zu verhindern suchte, die Sozialdemokratie war. Das wurde noch mehr ins Licht gesetzt durch die hartnäckige Weigerung der Regierung, auch nur vorübergehend die drückendsten Härten der Kornzölle zu mildern, und besonders erbitternd wirkte die freche Forderung weiterer Erhöhungen der Agrarzölle durch die Junker wirken. Dabei wird durch die Praxis der Zollsetz und Gerichte das Koalitionsrecht der Arbeiter

immer mehr eingeschränkt, das schon durch die Ausdehnung der Unternehmerverbände immer mehr beeinträchtigt wird. Immer schwieriger wird es für den Arbeiter, sich der Teuerung zu erwehren. Junker und Scharfmacher aber sind nicht einmal damit zufrieden. Sie fordern weitere gesetzliche Einschränkungen des Koalitionsrechtes. Und die Regierung zeigt sich gewillt, sie ihnen zu gewähren. Also Einschränkung des Koalitionsrechtes und höhere Zölle! Das heißt, der deutsche Arbeiter soll nicht mehr mit Ruten, sondern mit Skorpionen gezüchtigt werden!

Bei der Wahl von 1907 hatte die Zollfrage keine Rolle gespielt. Es waren Hottentottenwahlen gewesen. Die Kolonialfrage war im Vordergrund gestanden. Auch sie hat ein ganz anderes Gesicht gewonnen.

1907 handelte es sich um die Fortführung des Krieges gegen die Hereros, der keine großen Kosten mehr befürchten ließ. Und welche glänzenden Aussichten sollten dafür die Kolonien uns eröffnen! Den kleinen Bauern, denen, dank den Agrarzöllen, der Erwerb von Boden durch die gestiegenen Bodenpreise erschwert wird, wurde billiges Land verheißen. Den Industriellen, Unternehmern wie Arbeitern, die unter der Teuerung der Rohmaterialien litten, billige Rohstoffe, wie Baumwolle und Kupfer.

Alle diese Verheißungen haben sich seitdem als blauer Dunst erwiesen. Dabei hat aber die Kolonialpolitik seitdem eine Eigenschaft in den Vordergrund treten lassen, die sie früher weniger offen zeigte: den Gegensatz, in den sie uns zu England bringt, und seine Folgen.

Hatte es sich 1907 nur um den Krieg gegen die Hereros und dessen Kosten gehandelt, so waren wir diesmal durch die Kolonialpolitik wenige Monate vor dem 12. Januar dicht vor den Weltkrieg geführt worden. Vorher schon aber hatte die Regierung die Rechnung des von ihr verursachten wahnwitzigen Weltkriege in der Form einer halben Milliarde neuer Steuern dem deutschen Volke präsentiert. Und daß das nicht langt, ist seitdem schon offenbar geworden.

Auf die Kriegsgefahr hatten manche unserer Gegner gebaut. Sie hofften dadurch den furor teutonicus zu entzünden, der sich wieder einmal gegen die vaterlandslose Rasse wenden werde. Aber diesmal verlagte der chaotische Kalkül. Die Kriegsgefahr bedeutete ebendamals in den Augen der Volksmasse alle Schrecken einer feindlichen Invasion. Dagegen gewappnet zu sein, erschien ihr eine dringende Notwendigkeit. Unseren Versicherungen, daß auch wir die Nation nicht wehrlos machen wollten, traute man vielfach nicht. Man hielt sich an das, was die bewährten Feldherren der Armee für notwendig erklärten.

Aber heute sieht es ganz anders. Deutschland ist jetzt an Volkszahl doppelt so stark wie Frankreich — und Rußland ist einem Großstaat gegenüber ohnmächtig. Der Gegensatz, der heute den Weltkriege bedroht, ist der zwischen Deutschland und England, ist einer, der zur See ausgefochten wird, nicht im Reichsland zu schlagen, sondern um tropische Sümpfe und Wälder zu gewinnen. Ungeheurer als je sind die Kosten des Einsatzes und wenig — wenigstens für die Volksmasse — der Preis des Sieges.

So hat diesmal der Appell an den Nordspatriotismus völlig versagt, der 1887 und auch noch 1907 so gewaltig wirkte. Sie hat unsere Partei energischer als im vergangenen Jahre ihren festen Willen bekundet, allen kriegerischen Gelüsten mit aller Macht entgegenzutreten. Das hatte dazu geführt, daß in unserer Partei die Frage erörtert wurde, ob der Massenstreik ein geeignetes Mittel sei, den Ausbruch eines Krieges zu verhindern. Unsere Gegner haben nicht gezögert, dies dahin zu verdrehen, daß wir den Streik der Soldaten im Kriegsfall predigten, und daß wir den Streik gegen den Krieg einseitig bloß bei uns predigten, Deutschland wehrlos machen wollten.

Nie vorher hatten diese Ideen in der Wahl-agitation eine Rolle gespielt. Es half alles nichts. Trotz alledem hat die Sozialdemokratie eine Million Stimmen mehr erhalten wie letztesmal, und die besonders patriotischen Parteien 300 000 Stimmen weniger.

Der Kampf gegen die Teuerung, die Agrarzölle, um das Koalitionsrecht, gegen neue Steuern, die Weltpolitik, das Weltkriege, um den Weltfrieden — das ist die Wurzel, der unser Wahlsieg diesmal entsproh. Und damit sind auch die Probleme bezeichnet, die den neuen Reichstag beschäftigen werden, wenn nicht unerwartete Zwischenfälle unerhörte Situationen schaffen.

Das Volk hat gesprochen, nun haben die Parlamentarier das Wort. Der Ausfall der Stichwahlen wird bereits einigermaßen erkennen lassen, welche Mehrheit wir zu erwarten und wessen wir uns von ihr zu versehen haben.

* Dieser Artikel ist vor den Stichwahlen in der „Neuen Welt“ erschienen.

Aber wie immer die Reichstagsmehrheit sich gestalten mag, die Partei der Unerfunden wird von dem herrschenden Regime nicht ignoriert werden können. Es muß ihr entweder Konzessionen machen oder den Krieg auf Messer erklären.

Wir werden die Gewinnenden sein in dem einen Falle wie in dem anderen. Denn die Klasse, deren Interessen unsere Partei vertritt, ist die einzige, die stetig wächst. Und in allen Fragen, die auf der Tagesordnung stehen, um die sich auch der Wahlkampf dreht, vertreten wir mit dem Interesse des Proletariats auch die der gesamten Nation. So kann es nicht lange dauern, und die große Mehrheit steht hinter uns.

Politische Rundschau

Deutschland.

Revolutionäre im Frack!

Die „Kreuzzeitung“ kommt am Sonntag in einem geradezu unheimlich langen Artikel noch einmal auf die Wahlen zurück. Die Liberalen bezeichnen sie als „Revolutionäre im Frack“ im Gegensatz zu den Revolutionären im Kittel. Dann legt das Junkerblatt dar, wie sehr das Deutsche Reich sich auf der schiefen Ebene befindet. Der erste Akt waren die Novemberdebatten im Jahre 1908, der zweite Akt war die Zustimmung, eine Witwen- und Waisensteuer zu bewilligen, der dritte Akt waren die Reichstagswahlen; dann heißt es:

„Wir können nicht wissen, wann der entscheidende vierte Akt einsteht wird. Aber daß wir von diesem Reichstage keine Förderung der monarchischen Gesinnung und keine Stärkung der monarchischen Gewalt zu erwarten haben, steht fest. Die Sozialdemokratie als größte Fraktion wird den Präsidenten zu stellen haben, vielleicht wird das ganze Präsidium nur Männer in den verschiedensten Schattierungen von Rot aufweisen. Eine Fraktion von 110 Mann wird Initiative entwickeln müssen, sie wird mit ihren Reden täglich das Haus und alle Zeitungen füllen, die fortschrittlichen Trabanten im Hause und in der Presse nicht zu allem kommen lassen und Reformpläne entwickeln, bei denen sich den Herren am Regierungstische die Haare sträuben müssen. Wahrscheinlich werden sie auch die dauernde Anwesenheit des allein verantwortlichen Reichskanzlers fordern, und sie wird nötig sein. Die Redefreiheit wird unter einem Präsidenten aus der eigenen Partei keine Grenzen mehr haben. Aus alledem kann sich eine Temperatur entwickeln, die eine Explosion bewirkt.“

Die „Kreuzzeitung“ wird sich schon in Geduld fassen und abwarten müssen, wie die Dinge sich entwickeln werden. Es wird an der Regierung liegen, dem Reichstag brauchbare Gesetzesvorlagen vorzulegen und endlich mit der so viel versprochenen Sparlichkeit zu beginnen. Jedenfalls wird die sozialdemokratische Fraktion alles tun, um zu verhindern, daß die bürgerlichen Parteien wieder neue Ausgaben beschließen und dann die Kosten dieser Ausgaben den Massen in Form von indirekten Steuern aufzulegen. Daß die Konservativen davor ein gelindes Grauen haben, ist bei der bisher gezeigten Steuerscheu wohl zu begreifen, aber schließlich wird ihnen schon nichts anderes übrig bleiben, als daß sie in ihren gefüllten Geldbeutel greifen und auch einmal etwas zu der von ihnen so oft gepriesenen Herrlichkeit des Reiches beitragen.

Wer boykottiert am meisten?

Verschiedentlich haben wir im Laufe des Wahlkampfes gezeigt, daß der Terrorismus in allerhöchster Form hauptsächlich vom Lager der Konservativen ausgeht. Heute sind wir in der Lage, einen neuen eklatanten Fall mitzuteilen. — In Greifswald wurde am Freitag folgendes Zirkular verbreitet:

Greifswald, den 25. Januar 1912.

Konservativer Verein für den Kreis Greifswald.

Sehr geehrter Herr!

Viele Herren aus Stadt und Land haben uns gebeten, ihnen die Namen unserer Mitglieder aus dem Arzte- und Rechtsanwaltsstande, sowie der Kaufleute und Handwerksmeister aufzugeben, weil sie zunächst ihren Bedarf bei ihren Gesinnungsgenossen decken wollen.

Sind Sie damit einverstanden, daß wir Ihren Namen auf diese Liste mit setzen können, so bitten wir um sofortigen Bescheid

Hochachtungsvoll

Der Vorstand des konservativen Vereins für den Kreis Greifswald.

Ähnliche Schreiben sind auch im Kreise Stralsund-Franzburg-Rügen verstreut worden. Das ist aber kein Terrorismus!

Kriegsheser an der Arbeit.

Am Sonntag wurde in Berlin der mit sozialer Spekulation angekündigte Deutsche Wehrverein gegründet. Von Parlamentariern bemerkte man bezeichnenderweise zwei Nationalliberale, Herrn Paasche und den preußischen Landtagsabgeordneten vom Rath. In den bombastischen Reden der Generale Keim und Pizmann war der Krieg jedes zweite Wort. Er ist abstrakt, er werde gegen Frankreich, Rußland, England und Dänemark geführt werden müssen und aus Österreich und Italien könne man sich nicht verlassen. Darum müsse die Parole sein: Immer weiter, immer toller gerüstet, immer kriegerischer die Jugend erziehen! Das deutsche Heer müsse vier Mächten gewachsen sein. . . . Da kann man sich denken daß diesen Herren keine noch so unheimliche Militärorgane genügen kann! Aber die Opfer eines Krieges wurde natürlich kein Wort gesprochen, und zur Konsolidierungserklärung erkarte ein Herr Dr. Lewin bloß, daß er eine Erbschaftsteuer besser nicht gedacht werden möge. Lieber noch an eine Reichs-einkommensteuer — der bekanntlich keine einzige der Verbündeten Regierungen zuzumutet, weil sich die Einzelstaaten die Einkommensteuer wahren wollen. Im übrigen versichert man, daß der Wehrverein ja nicht etwa eine Konkurrenz des Flottenvereins werden solle, daß er gegebenenfalls auch in die Opposition gehen müsse, daß

die Kriegsgefahr des letzten Sommers die — — — — — Kriegsbegeisterung des deutschen Volkes gesteigert habe (welch grandiose Selbsttäuschung!), und daß man auch eine Frau in den Vorstand wähle, um sich die Mitwirkung der Frauen an der Kriegshege zu sichern. Aber die Wahl der Generalin v. Alfen wird die deutschen Mütter, Gattinnen, Töchter und Bräute nicht zu Kriegsfurien machen, und alle Kriegstreiber haben das deutsche Volk eben erst durch ein viermillionenfaches Nein! abgelehnt.

Der starke Mann als Triumphator.

Nach den amtlichen Feststellungen ist im Wahlkreise Salzwedel-Ordelegen der Konservative von Krüger mit 13 465 Stimmen gewählt worden, gegen 13 144 Stimmen, die auf den früheren Antifemiten und Reichsverbändler, jetzigen Bauernblinder, Dr. Böhm, gefallen sind. Dr. Böhm will das Mandat anfechten.

Denunzianten-Part.

Die „Deutsche Tageszeitung“ kreißt in ihren patriotischen Wüten wieder einmal nach dem Staatsanwalt. Den Behörden wird vorgeworfen, daß sie Versammlungen im Freien gebildet haben, auch wo genügender Anlaß vorhanden war, sie zu verbieten. Der Sozialdemokratie wird vorgeworfen:

„In den Städten, in den Industriekreisen und dort, wo sie schon starke Anhängerzucht besaßen, arbeiteten sie mit den größten Mitteln der Verhöhnung. Die Flugblätter, die dort verbreitet wurden, überschritten an häßlicher Leidenschaftlichkeit die Grenzen der Maßlosigkeit und waren bisweilen geradezu sinnlos. Es fand eine förmliche Anpöbelung der Volksseele statt. Daß derartige Flugblätter verbreitet werden durften, mußte auf die politische nicht geschulten Kreise verwirrend wirken. In vielen Städten war nach unserer Überzeugung der Tatbestand der strafbaren Verhöhnung der Bevölkerungsklassen gegen einander gegeben. Wir haben nicht gehört, daß irgendwo dagegen eingeschritten worden wäre.“

Diese schäbige Denunziation ist mit drei Sternen gezeichnet, hat also den Chefredakteur des agrarischen Blattes, Dr. Dertel zum Urheber. Dieser Herr sitzt ja wieder im Reichstag und es wird sich vermutlich Gelegenheit bieten, ihm diese Denunziation um die Ohren zu schlagen.

Antifemiten auf Bettelpfaden.

In der „Staatsbürgerzeitung“ erläßt der antifeminitische Reichstagsabgeordnete Werner einen Aufruf, in dem er sagt:

„Der Wahlkampf hat sehr viel Geld gekostet, und die Wahlbeihilfe war mehr als gering. Man kann den gewählten Abgeordneten wirklich nicht gut zumuten, daß sie neben der anstrengenden Tätigkeit, die sie zu entfalten haben, auch noch Fehlbeträge aus ihrer Tasche zulegen sollen.“

Bermutlich sind die Antifemiten auch diesmal wieder ihre Wahlkosten einfach schuldig geblieben. Die Reichspost wird jedenfalls ein paar Geldbriefträger mehr anstellen müssen, um den riesigen Geldverkehr bewältigen zu können, der im Anschluß an den antifeminitischen Bettelauf sich entfalten wird.

Die „Segnungen“ des Reichsvereinsgesetzes

sind nunmehr wieder in Kraft getreten, nachdem wir sie bis zum 25. Januar 1912 — dem letzten Wahltag — entbehren mußten. Solange in einem Kreise die Reichstagswahl noch zu erledigen war, bestand dort weder eine Anzeigepflicht für Versammlungen, noch ein Verbot des Gebrauches fremder Sprachen. Nach Abschluß der Wahlen ist die Anzeigepflicht wieder eingeführt und die fremdsprachigen Elemente der Bevölkerung sind wieder an die Kette des Sprachparagrafen gelegt.

Der § 6 des Reichsvereinsgesetzes bestimmt:

„Eine Anzeige bedarf es nicht für Versammlungen der Wahlberechtigten zum Berriebe der Wahlen zu den auf Geleß oder Anordnung von Behörden beruhenden öffentlichen Körperchaften vom Tage der amtlichen Bekanntmachung des Wahltermins bis zur Beendigung der Wahlhandlung.“

Ähnlich heißt es im § 12, dem berüchtigten Sprachparagrafen:

„Diese Vorschrift findet auf internationale Kongresse, sowie auf Versammlungen der Wahlberechtigten uim. . . keine Anwendung.“

Mit Erkaunen fragt sich der gesunde Menschenverstand, warum denn außerhalb der Wahlzeit nicht dieselben Bestimmungen gelten sollen wie während der Wahlzeit. Wenn nach Ausschreibung einer Wahl Versammlungen in dem oder nichtdemdeutscher Sprache abgehalten werden dürfen, ohne daß eine Anzeige oder eine Erlaubnis der hohen Polizei nötig wäre, warum, soll denn dann der Staat zugrunde gehen, wenn sich die Staatsbürger auch zu anderen Zeiten nach Belieben zusammenfinden und in der Sprache, die ihnen geläufig ist, ihre Angelegenheiten beraten?

Wenn aber wirklich zur Sicherung des Staats jene einschränkenden Bestimmungen nötig wären, wie könnte der Staat, ohne Schaden zu leiden, wochen- und monatelang solcher Sicherung entbehren.

Gerade durch die ausnahmsweise Aufhebung zu Wahlzeiten kennzeichnen sich jene Einschränkungen der Versammlungsfreiheit als das, was sie sind, als ein Produkt bürokratischer Engherzigkeit, dazu bestimmt, die Staatsbürger zwecklos zu inkubieren und der Polizei, die bei vergeblichen Mörderischen keine Verteidigung ihres Lätigkeitsdranges findet, Beschäftigung zu schaffen. Zu den Aufgaben des Reichstages gehört es, auch mit diesen lächerlichen Resten des Polizeistaates aufzuräumen. Können die Staatsbürger zu Wahlzeiten in ihrem Versammlungsrecht frei sein, so können sie es immer sein!

Die Kosten der Kronprinzenreise nach Indien

werden auf 300 000 Mk. beziffert und werden zum Teil aus dem Kronvermögen bestritten. Nach der „Berliner Börsenzeitung“ soll es nicht ausgeschlossen sein, daß dem Reichstage noch eine Vorlage auf Bewilligung eines Lei-

tes der Kosten zugeht. — Was der Reichstag mit dem Jagdausflug des Kronprinzen nach Indien zu tun haben sollte, ist allerdings nicht zu verstehen, und deshalb kann auch keine Rede davon sein, daß etwa das Reich verpflichtet wäre, einen Teil der Kosten zu bezahlen.

Wahlproteste.

Die Fortschrittler im Wahlkreise Nordhausen wollen die Wahl des Genossen Dr. Eohn anfechten. Sie behaupten, die Antifemiten hätten die Ortsvorstände dadurch irreführt, daß sie die Anforderung zur Wahlenthaltung in amtlichen Kuverts verschickten. Die Ortsvorsteher hätten die Sendung als eine kreisamtliche aufgefaßt und deshalb den Inhalt des Schriftstückes ausklammert lassen.

Gegen die Wahlen in Gleiwitz, Lublitz und Rosel wird von den bürgerlichen Gegnern desentrums Protest erhoben, weil Geistliche die Kanzeln zur Wahlbestimmung mißbraucht haben.

Das Zentrum wird dagegen die Wahl des Abg. Windeck in Diebenhose anfechten.

Im Wahlkreise Rönne-Land werden sowohl untere Genossen, als auch die Polen Einspruch erheben.

Wem verdankt die Sozialdemokratie ihre Erfolge?

Knuten-Dertel, der Mann mit der weißen Weste, gibt hierauf die Antwort:

„Die Sozialdemokratie hat aber auch noch andere höher stehende Helfer. Wie oft ist im Wahlkampf zum Beweise dessen, daß gerade die Sozialdemokratie die Partei des Friedens, die konservative aber die der Kriegshege sei, auf die Bemerkungen des Reichskanzlers gegen den Abg. von Hennebrand hingewiesen worden! Die Sache wurde schließlich so gelehrt, daß der kleine Mann, der von Politik nichts versteht, den Eindruck gewinnen mußte, als ob er dem Reichskanzler einen Gefallen tue, wenn er statt des konservativen Kandidaten den sozialdemokratischen wähle. Am meisten aber wurden die bekannten Ausprüche zweier süddeutscher Minister ins Feld geführt, nämlich die des badischen Ministers von der Sozialdemokratie als der großartigen Bewegung zur Befreiung des vierten Standes und der des württembergischen Ministers, daß er die Sozialdemokratie in der Volksvertretung nicht missen möge. Wir sind überzeugt, daß diese beiden Ausprüche den Genossen Hunderttausende von Stimmen verschafft haben. Ihre Erfolge hat die antimonarchische, revolutionäre Sozialdemokratie nicht etwa der Werbekraft ihrer Grundzüge zu verdanken, die sie meist verhüllte, nicht etwa in der Hauptsache der mit liberaler Unterstützung und mit behördlicher Duldung getriebenen Reichsfinanzreformhege, sondern im wesentlichen den Helfern, die sich nicht nur bei den verbündeten Parteien fanden, sondern auch in den Kreisen, wo man sie eigentlich nicht hätte erwarten sollen.“

So, nun ist's heraus! Reichskanzler, Minister und Behörden sind die Schuldigen. Vielleicht beantragt Dertel im neuen Reichstage, die Missetäter dem Januschauer Oldenburg zur Erziehung zu überweisen. Der verfügt ja jetzt, nach seiner Niederlage, über genügend freie Zeit, um diese Arbeit zu übernehmen. Vielleicht gelingt es ihm, aus den Sündern noch einigermaßen brauchbare Sunkerkredite zu machen.

Der Fuchs Oldenburg.

Dem Januschauer Oldenburg geht es so, wie dem Fuchs, dem die Trauben zu sauer waren, weil sie ihm zu hoch hingen. „Er“ erläßt an der Spitze des Danziger konservativen Blattes folgende Danksagung an seine Wähler: „Ich treue mich, daß ich der Sozialdemokratie einen Sieg nicht zu verdanken habe. Hurra, es lebe der Kaiser.“ — Können wir dem Durchgefallenen seine Freude wenn sie auch nicht echt ist. Schrieb doch vor der Stichwahl das Leib- und Magenblatt des Oldenburgers, die sozialdemokratische Agitation habe sich auf einem wesentlich höheren Niveau belunden, als das „Kowdium vaterländischer Verheger“. Welchen Zweck verfolgte wohl das Blatt mit dieser Bemerkung? Doch nur den, sozialdemokratische Wähler für sich einzulangen. Und hätten ihm diese ihre Unterstützung in der Stichwahl geteilt, dann hätte Herr von Oldenburg gerne das Mandat aus ihren Händen entgegengenommen und jedenfalls dann den Kaiser noch höher leben lassen!

Italien.

Die „siegenden“ Italiener. Das Reutersche Bureau meldet telegraphisch aus Hodeida vom 28. Januar: Eine von dem italienischen Kreuzer „Biondo“ ausgeladete Schaluppe, die eine weiße Fahne geführt hatte, hat bei Ras el Ketit in der Nähe von Hodeida ein Motorboot, das die englische Fahne führte, weggenommen. — Die italienischen Kriegslührer sind frech und gottesfürchtig.

Nach einer anscheinend offiziellen Mitteilung beabsichtigen die Regierungen von Frankreich und Italien eine französisch-italienische Kommission einzulegen, die Mittel und Wege zur Humanhaltung von Zwischenfällen wie der „Carthage“, „Manouba“, und der „Lauragano“-Zwischenfall, prüfen und einen modus vivendi für die Dauer des türkisch-italienischen Krieges finden soll.

Spanien.

Die Rehabilitierung Ferrers. Die Hinterlassenschaft Ferrers, die nach dessen Beurteilung vom Staat beschlagnahmt wurde, soll nach einer von dem Obersten Kriegs- und Marineamt getroffenen Entscheidung den Erben des Beurteilten zurückerstattet werden.

Amerika.

Das „freie“ Land verfällt immer mehr in die Barbarei zurück. Nach einem Telegramm aus Guayaquil ist am Sonntag der Pöbel in das Gefängnis von Quitto, obwohl dieses doppelt bewacht war, eingedrungen. Die Generale Cioy Alfaro, Medardo Alfaro, Flavio Alfaro, Ulpiano Paez und Manuel Ferrero, die fünf hervorragende Revolutionäre waren sind gefangen worden.

Dienstag, den 30. Januar.

Die Bürgerchaft verabredete gestern Abend nach länger Debatte die Senatsvorlage auf Nachbewilligung von rund 380 000 Mk. für den Bau des Neuen Stadttheaters. Wenn man den Bericht der Bürgerausschußkommission liest, welche die ungeheuerlichen Überbereitungen der bewilligten Millionen zu prüfen hatte, und wenn man weiter das ausführliche Gutachten des Architekten Hoffmann über den gleichen Gegenstand in Betracht zieht, so muß man unbedingt zu der Ansicht kommen, daß beim Theaterneubau in geradezu unverantwortlicher Weise mit dem Geldern der Steuerzahler gewirtschaftet worden ist. Die Behauptung, daß die Bürgerchaft selbst die Schuld an den Überbereitungen trage, weil sie die stierhafte Gabe bei der Bauausführung gewollt habe, trifft vollständig daneben. Die Bürgerchaftsmehrheit hat seinerzeit nur der Senatsvorlage zugestimmt, die den Bau in einer Zeit wollte, die nach Ansicht des Professors Müller und aller anderen in Betracht kommenden fachkundigen Kreise als ausreißend anzusehen war. Jedenfalls ist niemals gesagt worden, daß insolge der Beschleunigung des Baues eine Viertelmillion Mark mehr gebraucht würde.

Die sozialdemokratische Fraktion hat f. Zt. sowohl den Theaterbau in der Beckergrube als auch die Verquickung des Theaters mit dem Saalbau aufs schärfste bekämpft. Niemals ist unsere Stadt mehr geschädigt worden, als durch das bekannte Geschenk des Herrn Senator Possehl, welches das Theater in die Beckergrube hineinzwang und obenrein noch für die Errichtung des Saalbaues ausschlaggebend war. Von unserer Seite beglückwünschte Genosse Löwig gestern unsern ablehnenden Standpunkt gegenüber der Senatsvorlage. Dabei wurde auch die Nichterneuerung des Vertrages der Theaterbehörde mit Herrn Kurtscholz kurz erörtert. Im Gegensatz zu den Behauptungen des Senatskommissars in der Bürgerchaft hatte Kurtscholz betont, ihm wären Mitglieder der Theaterbehörde im Jahre 1910 nach München nachgereist, nicht um ihn zu halten, sondern um ihn zu bewegen, bereits ein Jahr vor Ablauf seines Vertrages von der Leitung unserer städtischen Bühne zurückzutreten. Die Antwort des Senatskommissars auf diese Ausführungen war außerordentlich nichtssagend. Die Kritik, welche im übrigen die Herren v. Schack, Mantau, Schäß und andere an der Senatsvorlage übten, war scharf aber berechtigt. Der Senat vermochte nichts Stichhaltiges darauf zu erwidern. Schließlich wurde in namentlicher Abstimmung die Nachforderung bewilligt.

Eine weitere lebhaft diskutierte Angelegenheit der Senatsantrag betreffend Verlegung des Ansiedlungsgebietes Rücknitz mit Trinkwasser. Es wurde bei dieser Gelegenheit die Rücknitz-Wohnungsmisere, über die Genosse Dr. Schlomer bereits wiederholt in der Bürgerchaft gesprochen hat, angeschnitten und auch die Maßnahmen des Hochsenators auf Verengung des Handels in der Arbeiterkolonie kritisiert. Die Senatsvorlage wurde dann nach dem Vorschlage der Kommission abgelehnt.

Nachdem noch ein Landverkauf genehmigt war, wurde die Versammlung um 10 1/2 Uhr auf kommenden Montag vertagt.

Aus der Reichsversicherungsordnung. Arbeitgeber, von denen die Beiträge zur Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung nicht nach § 1447 ff. der Reichsversicherungsordnung eingezogen werden, haben bei Verwendung und Entwertung der Beitragsmarken folgendes zu beachten:

1. Der Arbeitgeber entrichtet die Beiträge, indem er bei der Lohnzahlung für die Dauer der Beschäftigung Marken nach der Lohnklasse des Versicherten in die Quittungstafel klebt (§ 1428 der Reichsversicherungsordnung).

2. Die Lohnklasse und die daraus sich ergebende Höhe der Beiträge sind für die hauptsächlichsten Berufsgruppen der hier in Betracht kommenden Versicherten, wenn sie in der Stadt Lübeck, deren Vorstädten oder im städtischen Travemünde beschäftigt sind, aus der Bekanntmachung des Stadt- und Landamtes vom 4. Januar 1912, wenn sie in den Landbezirken beschäftigt sind, aus der in ortsbüchlicher Weise veröffentlichten Bekanntmachung der Landesversicherungsanstalt der Hansestädte vom 29. Dezbr. 1911 und den sonst hierüber in den Tagesblättern bekannt gegebenen Mitteilungen zu ersehen. Bestehen im Einzelfalle gleichwohl noch Zweifel über die Höhe der zu verwendenden Beitragsmarken, so empfiehlt es sich, bei dem Versicherungsamt oder der Landesversicherungsanstalt oder deren Kontrollbeamten Auskunft einzuholen.

3. Eine Lohnzahlung im Sinne der Reichsversicherungsordnung liegt auch dann vor, wenn der Arbeitgeber selbst keinen Lohn zahlt, sondern die Vergütung für geleistete Arbeit von anderer Seite (z. B. in Hotels und Gastwirtschaften durch Trinkgelder der Gäste) gewahrt wird. In solchen Fällen sind die Marken spätestens am Ende jeder mit dem Montag beginnenden Beitragswoche einzukleben.

4. Als Lohnzahlungen gelten nicht mehr, wie nach dem früheren Gesetz, Abschlagszahlungen auf spätere fällige werdenden Lohn. Der Leistung solcher Abschlagszahlungen sind aber die Beitragsmarken auf jeden Fall in der letzten Woche eines jeden Vierteljahres einzukleben (§ 1434 der Reichsversicherungsordnung).

5. Bei Versicherten, die durch Vertrag für mindestens ein Vierteljahr dem Arbeitgeber zur Arbeit verpflichtet sind (z. B. Dienstmädchen), müssen die Marken auch dann, wenn eine Lohnzahlung noch nicht erfolgt ist, spätestens in der letzten Woche eines jeden Vierteljahres eingeklebt werden.

6. Der Versicherte kann ausnahmsweise die für ihn zu verwendenden Beitragsmarken auch seinerzeit fällen und in seiner Quittungstafel verwenden. In welchem Falle hat der Arbeitgeber ihm die Hälfte der Beiträge zu erstatten (§ 1439 der Reichsversicherungsordnung), bleibt aber der Landesversicherungsanstalt und ihrem Kontrollbeamten gegenüber für die rechtzeitige und zureichende Beitragsentrichtung haftbar.

7. Die Marken müssen entwertet werden, gleichviel ob der Arbeitgeber oder der Versicherte sie einlebt. Die Entwertung darf nur in der Weise stattfinden, daß auf den einzelnen Marken handschriftlich oder durch Stempel der Entwertungstag in Zahlen, z. B. 16. 8. 12, deutlich angegeben wird. Dabei in Tinte oder ein ähnlicher festhaltender Farbstoff zu verwenden (Bekanntmachung des Reichsanwaltes vom 10. November 1911).

Als Tag der Entwertung soll der letzte Tag desjenigen Zeitraums (Woche, Vierteljahr) angegeben werden, für welchen die Marke gilt (§ 1431 der Reichsversicherungsordnung).

Arbeitswillige Vandalen. Zu einem großen Kravall kam es am letzten Sonntag Abend in der Wirtschaft „Zum alten mecklenburgischen Landfrug“. Der Besitzer Herr Luckmann hatte ein Hochfest veranstaltet, wozu sich auch zahlreiche Gäste eingefunden hatten, so daß das Lokal gut besetzt war. Etwa gegen 7 Uhr erschienen sechs Männer,

von denen der eine schon etwas angeheitert war, die sich aber zunächst ruhig an einem Tische niederließen. Sie wurden von dem Besitzer und dessen Freunden für Seelenute gehalten. Der eine dieser edlen Seelen verließ bald darauf wieder das Lokal. Die zurückgebliebenen fünf Mann gaben nun kund, was sie für Leute waren; sie sagten nämlich ohne irgendwelchen Anlaß und brüllten sich damit: „Wir sind internationale Streikbrecher, wir wollen nicht den Arbeiter ruinieren, sondern dem Kapitalismus das Geld abnehmen, wir verdienen 83 Mk. die Woche und freie Station.“ Mittlerweile waren verschiedene Gäste schon fortgegangen, so daß noch 15-18 Personen anwesend waren. Die meisten davon waren Frauen. Da der Wirt und sein Sohn nun bemerkten, was es für Elemente waren, so boten sie jetzt Feierabend. Darauf fingen die Streikbrecher an zu trampeln und auf den Tisch zu schlagen, indem sie brüllten: Es wird noch nicht Feierabend gemacht, sondern es wird Rauba gemacht! Zwei Mann standen dann auf und fingen an sich zu balgen. Dabei stießen sie die Schelbe vom Wirtstautomat ein, die einen Wert von 4 bis 5 Mk. hat. Zu Herrn Luckmann und seinem Sohn sagten sie: Wir wollen morden, morden, morden! Darauf ging der eine der Helden an einen andern Tisch, auf dem ein Zigarrenabschneider im Werte von 20 Mk stand; er nahm diesen in die Hand und schlug ihn auf dem Tisch entzwei. Das war das Zeichen zum Anfang der Kravalllosung. Nun warfen die Streikbrecher Tische und Stühle nach dem Wirt, zertrümmerten den Bierapparat im Werte von 75 Mark, den Speiseschrank, diverse Gläser im Werte von 5-6 Mark und eine große Lampe im Werte von 12 Mark. Da der Wirt und dessen Sohn die Leute aus der Stube drängen wollte, zog der eine, der hinter denselben stand, ein Dolchmesser aus der Tasche und schlug Luckmann damit über den Kopf, so daß eine Wunde von 1 1/2 Zentimeter Länge entstand. Dem Verletzten mußte auf der Polizeiwache ein Rotverband angelegt werden. Der Arzt konstatierte, daß die Wunde mit einem Messer herbeigeführt sein müsse. Die Frauen, welche in der Wirtschaft anwesend waren, liefen hin und her; die meisten hatten sich in den Schweinestall geflüchtet. Dem jungen Luckmann suchten die Streikbrecher hauptsächlich nach; sie drangen oben in die Wohnung des Wirts ein, zertrümmerten dort noch eine Schale im Werte von 80 Mk. und riefen immer: Wir wollen morden, morden! Als die „nützlichen Elemente“ keine Leute mehr im Hause fanden, nahmen sie zwei fremde Paletots, einen Hut und Kragenschoner mit und verschwanden. Es gelang vier Mann bei der Fackenburg Brücke und einen am Lindenplatz festzunehmen und nach der Polizeiwache zu hinführen. Hier gab Luckmann senior an, welcher der Burschen ihn mit dem Messer geschlagen hatte. Die beiden Leute, denen die Paletots gehörten, waren auch anwesend. Der eine der Streikbrecher, der den Paletot anhatte, wurde vom Beamten gefragt, wo er den Paletot her hätte. Die freche Antwort lautete: den hätte er geschenkt bekommen; ihm sei gesagt, er solle ihn nur anziehen. Der andere sagte: „Donnerwetter, ich habe einen verkehrten Paletot angezogen.“ Dabei hatten die beiden überhaupt gar keinen Überzieher. Die Streikbrecher werden sich nun wegen Hausfriedensbruch, Körperverletzung und Sachbeschädigung zu verantworten haben. — Das sind die sogenannten staatsbehaltenden Elemente, die vor einiger Zeit aus Hamburg kamen, sehr liebevoll in Obhut genommen und in dem trauten Heim des Chefs einquartiert wurden. Die Firma Brüggemann ist schon verschiedentlich auf diese Hingegardisten aufmerksam gemacht worden, aber der Herr betonte noch in der letzten Verhandlung, die am Donnerstag, dem 25. Januar stattfand, was er für gute Leute hätte. Der Vorsitzende machte ihn aber darauf aufmerksam, daß es die Zeit noch lehren würde, welche Elemente darunter seien. Nun haben wir schon den Beweis. Die Streikenden sehen dem Ausgang des Kampfes mit Ruhe entgegen; sie wissen, was sie zu tun und zu lassen haben, um zu ihrem Ziele zu kommen. Die Hingebredler werden sie nicht daran hindern.

pb. Wer ist der Tote? Heute morgen wurde im Mühlenteich bei der städtischen Wassermühle eine männliche Leiche gefunden. Bekleidet war dieselbe mit einem schwarzen Jackettanzug, grauer Unterhose, Normalhemd, rot- und blau-geblauem Vorderehemd, grauen Strümpfen, schwarzen Hosierysocken und schwarzem Schlapphut. Bei sich führte der etwa 55 Jahre alte Verstorbene ein Taschenmesser, ein braunes Portemonnaie mit 285 Mk. und eine blaue Schürze. Er trug einen langen, graumelierten Schnurrbart und hatte eine Wange. Verboten, die sachdienliche Angaben zur Feststellung der Persönlichkeit des Toten machen können, werden ersucht, sich im Bureau der Kriminalpolizei, woelbst eine Photographie des Leichen ausliegt, zu melden.

pb. Bodenammerdiebstahl. Am 26. d. Mts. sind aus einem verschlossenen Bodenzimmer des Hauses Wickedeerstraße 10 folgende Kleidungsstücke gestohlen worden: Ein hellgrauer Ullner, logen, Fischgrätenmuster, 2 Jackettanzüge aus dunklem Stoff mit weißen Punkten, und ein Jackett aus demselben Stoff.

pb. Fahrraddiebstahl. Am 24. d. M., gegen 7 Uhr abends, ist von der Poststelle eines Landmannes in Weisterau ein Fahrrad, Marke „Adler“, mit schwarzem Gestell, ebensolchen Felgen, Freilauf und Rücktrittbremse, gerader Lenkstange und kleiner runder Glocke abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden.

pb. Festgenommenen wurden ein Schlachter und ein Löffler, die sich hier als Herbergsfreunde aufhielten. Der Schlachter hat in Worthing eine Taschenuhr mit Kette gestohlen, während sich der Löffler wegen Hehlerei zu verantworten haben wird.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Mittwoch nachmittags 3 Uhr gelangt das Soldatenspiel „Die Schlacht bei Viegung“ zur nochmaligen Aufführung. Abends 8 Uhr kommt bei kleinen Breiten die Operette „Der Kodelzigeuner“ von Josef Snaga zur Wiederholung. Am Donnerstag geht G. M. von Webers romantische Oper „Der Freischütz“ nochmals in Szene. Für Freitag be-

findet sich die Novität „Hans Sonnenstörche Bölenfahrt“, ein heiteres Trauerspiel von Apel, Mühl und Weermann in Vorbereitung. Das Werk ist von mehr als 80 ersten Bühnen erworben worden.

Schwartau. Gewerkschaftskartell. Am Sonntag, dem 27. d. Mts., fand hier eine Kartellversammlung statt. Die Jahresabrechnung ergab eine Einnahme von 689,70 Mk., der gegenüber stand eine Ausgabe von 508,92 Mk., sodas ein Kassensstand von 180,78 Mk. vorhanden ist. In dem Vorstand wurden gewählt: Johs. Kretschmann, 1. Vorst., Wilh. Grabbet, 2. Vorst., Wilh. Brüggemann, Kassierer, Robert Schröder, Schriftführer. Als Revisoren wurden S. Gustaf und H. Jäde gewählt. In den Vergütungsentscheidungen wurden gewählt: Kretschmann, Schröder, Brüggemann und H. Meßler. Beschlossen wurde, das Gewerkschaftsfest am Sonntag, dem 7. Juli abzuhalten. Ferner wurde noch darauf hingewiesen, die Wirtschaften von Boy und Strunk zu meiden.

Guin. Das amtliche Resultat der letzten Reichstagswahl im ersten Oldenburg Wahlkreis wird bekannt gemacht. Es lautet: Bei der am 22. d. Mts. vorgenommenen engeren Reichstagswahl zwischen dem Lehrer Hühorn in Osterburg und dem Redakteur Stelling in Lübeck sind abgegeben 28 198 Stimmen, davon für unglücklich erklärt 881 Stimmen, bleiben 25 862 Stimmen. Es haben erhalten: Lehrer Hühorn in Osterburg 14 734 Stimmen, Redakteur Stelling in Lübeck 11 128 Stimmen. Ersterer ist demnach zum Reichstagsabgeordneten für den 1. Oldenburgischen Wahlkreis gewählt.

Hensburg. Feuerbrunst. In der Nacht zum Montag wurde der Besitz des Hofbesizers Nikolaus Henningsen in Kielsgaard in Angeln eingeäschert. Über 20 Stück Hornvieh, 8 Pferde und der gesamte Schweinebestand kamen in den Flammen um. Die Bewohner retteten nur das nackte Leben.

Standesamtliche Nachrichten

vom 21. bis 27. Januar 1912.

Geburten.

a) Knaben: Name und Beruf des Vaters.

Januar: 8. Arbeiter F. O. G. Wulf, 15. Schneidermeister F. J. Koch, 16. Oberlehrer Dr. phil. G. M. W. U. Weber, 17. Arbeiter W. G. P. Peitmann, 19. Arbeiter W. Wilhelmsson, 20. Arbeiter H. A. Groth, Eisenendreher F. W. H. Stein, 21. Schiffszimmermann G. H. A. Wegenburg, Votz Chr. J. G. Schenck, 22. Arbeiter R. A. J. H. Bielsfeldt, Tapzierermeister F. D. L. Kehm, Arbeiter J. R. F. G. Hingelmann, Gitterbodenarbeiter G. J. G. Leopold, Arbeiter G. L. Knop, 23. Arbeiter J. G. Busch, 24. Kutscher J. F. Müller (Vorwerk), 27. Maschinenarbeiter W. G. Harms.

b) Mädchen: Name und Beruf des Vaters.

Januar: 14. Arbeiter F. G. H. Schwarzkopf, 15. Schlosser Vinzent Michalak, 16. Kolonialwarenhändler F. J. J. Danfert, 17. Schneider F. W. P. G. Maas, Ingenieur G. E. Lorenz, Eisenbahndiener G. G. Kretschdorf, 19. Arzt Dr. med. R. W. G. M. G. Hofmeister, Kutscher W. G. J. Pauls, 20. Kaufmann F. H. W. Hoffmann, 21. Arbeiter M. G. H. Johannes (Schönböden), Wirtcher W. G. H. Reife, Lehrer G. Abel, Arbeiter W. G. G. Schmidt, 22. Bureauhilfe M. G. H. Ehrlich, Schlossermeister W. G. F. Sinaat, 24. Kaufmann W. G. A. Wöng-Schmidt, Schlosser G. F. Diez, Maurer W. M. J. Nimphy, 25. Buchdrucker F. R. Büchhal, Arbeiter W. G. H. Wöls, Eisenbahn-Wagenschieber J. J. G. Wöls.

Angeordnete Angebote.

Januar 22. Arbeiter W. F. J. Ahrendt und W. R. M. Kreuzfeld in Groß-Weick, Arbeiter F. R. M. Th. L. Albrecht und Witwe W. A. J. Giel geb. Ragow, beide in Kostock, Schlachter L. Friedrich genannt Chr. Frau in Hamburg und J. Chr. G. D. R. Böttcher, 23. Oberbeamter des Stadt- und Landamtes Rat Dr. jur. R. Chr. R. W. Volger und A. M. G. Pach, Arbeiter F. G. Pauls und H. G. U. Lecken, Kutscher G. G. V. Benede und R. A. Böttcher, Konzertmeister J. de Ruyter-Korver und M. M. M. Groth in Wiltzer, 24. Agent A. M. A. Werensfohn und Witwe W. G. G. H. Martens geb. Siegmund, 25. Elektromonteur G. G. Gavael in Bonn und M. G. F. Hanneemann, Landchaftsgärtner R. F. Schildnecht und A. F. Schröder, Postbote W. G. F. Wulf und G. G. G. Mewes, beide in Mendorf, 26. Bäcker J. G. F. Schwarz und Witwe W. J. Chr. Westphal geb. Brohl, Arbeiter W. J. F. Wittenf und G. M. J. U. Gords in Venzin, Kellner G. J. Chr. J. Reimers und G. D. Chr. Paap.

Eheschließungen.

Januar 23. Friseur W. R. G. Baars und J. A. G. H. Kade, 26. Straßenbahnkassierer W. J. G. Bohlmann und A. G. M. Müll in Fraatzdorf, 27. Arbeiter J. J. F. W. Maack und Schmidt, Arbeiter F. W. A. R. Meyer und die geliebene J. M. U. Dargen geb. Hennings.

Storbefälle.

20. Januar. W. M. M. Sandermann, 25 Tage, 21. Privatmann W. G. A. Wicke, 62 J., Arbeiter J. B. G. Hannow, 83 J., Kaufmann R. A. F. Bodo Hunius, 67 J., J. G. L. geb. Ken, Witwe des Privatlehrers Dr. phil. Chr. J. Ernst, 83 J., Kammerjäger J. Chr. G. Schiott, 67 J., D. J. G. Ch. Hagemann, 47 J., G. geb. Ueich, Ehefrau des Schneiders J. G. Ehlers, 74 J. (Vorwerk), 22. Handlungsmann W. Chr. F. Fiedohm, 83 J., R. F. Lachs, 1 Monat, (Klein-Mühlen), G. D. G. Schopenhauer, 8 J., J. M. F. geb. Lorenzen, verwitwete Endefund, Ehefrau des Privatmannes R. G. D. Chr. Mannshardt, 71 J., J. M. F. geb. Grüngmacher, Witwe des Buchdrucker-Arbeiters Burmeister, 89 J., 23. G. D. J. Hansen, 1 Monat, A. R. G. geb. Ahl, Arbeiter des Arbeiters R. F. Wöb, 47 J., G. M. D. geb. Loh, Witwe des Arbeiters J. D. L. G. Hoff, 79 J., Arbeiter F. W. Markmann, 64 J., D. A. S. geb. Schwarz, Ehefrau des Weikmeisters G. W. Kunzmann, 86 J., Wirtmann J. G. Kohbian, 71 J., 24. Kaufmannslehrling W. A. M. Weigflog, 18 J., Th. A. V. geb. Schwerg, Witwe des Klempners W. G. L. Wallner, 86 J., G. G. L. Jönsson, 2 Monate, A. E. G. N. geb. Pomann, Ehefrau des Arbeiters F. J. Wähl, 55 J., Rentner G. W. Th. Garsmann, 43 J., Hauptmann d. L. und Postsekretär A. D. J. H. v. Jarnowski, 74 J., Vorarbeiter D. J. G. Clausen, 43 J., Müller Chr. L. W. Fick, 63 J., 25. D. G. E. geb. Wünnau, Witwe des Schneidemeisters J. F. D. Gade, 72 J., Diebstahlgehilfe G. H. F. Koch, 18 J., D. G. M. W. geb. 12 J., Wauer G. W. Gösch, 75 J. (Stawedder), G. Weimann, 78 J., R. A. M. geb. Zeit, Witwe des Arbeiters R. J. Schönberg, 89 J. (Schwartau), 26. A. M. G. geb. Leichau, Ehefrau des Arbeiters D. D. Steenbock, 73 J., E. Chr. M. geb. Möller, Ehefrau des Arbeiters G. D. Chr. Schmidt, 45 J., 27. Ein-ortgeb. Knabe, N.: Inspektor W. D. A. Rumbt.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Hamburggebieten“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: L. H. Schwabe & Co. Druck: Friedr. Meier & Co. Sämtlich in Lübeck.



Gesangverein „Einfracht“.

Gross. Maskenball

am Sonntag, d. 18. Februar 1912
in sämtl. Räumen des Gewerkschaftshauses, Johannisstr. 50-52.
Saalöffnung 5 Uhr. Anfang 6 Uhr. Ende 4 Uhr.
Um 8 Uhr: **Großer Maskenzug.** Demaskierung 12 Uhr.
Sämtliche Aufführungen finden präzise von 6-8 Uhr statt.
Tanz für Zuschauer von 6-8 Uhr und 12-4 Uhr.
Eintrittspreis für Mitglieder 40 Pfg., eine Dame frei.
Eintrittspreis für Fremde 80 Pfg. pro Person.

Karten sind zu haben: Kluth, Gewerkschaftshaus, Wittfoot, Huxstraße 18, F. Lender, Huxstraße 94, H. Stoll, Reiteich 18 (Eisenbahnkeller), Karl Dose, Alstraße 81, Gust. Kähler, Karpenstraße 26, G. Ehlers, Huxstraße 110, und bei sämtlichen Komiteemitgliedern. Karten für Mitglieder werden nur vom Boten, H. Hümöller, Alstraße 81, bis zum 17. Februar und Sonnabends von 9-10 Uhr im Gewerkschaftshaus ausgegeben.

Eingang für Masken: Johannisstraße 52.

NB. Fremde Pierrots und Kinder haben keinen Zutritt.

Masken-Garderobier: Gust. Will, Wahnstraße 34.

Masken-Anzüge sind im Lokale zu haben.

Das Komitee.

Deutscher Transportarbeiterverband

Mitgliedschaft Lübeck.

Um Irrtümern vorzubeugen, erklären wir, daß unsere Organisation mit dem Ball der Fuhrleute der Firma Joachim Parbs nichts zu tun hat.

Die Ortsverwaltung.

Für Zahnleidende!

Schmerzloses Einsetzen künstl. Zähne ohne Veranlassung der Wurzeln unter Garantie der Brauchbarkeit beim Essen.

Zeitabnahme gestattet.
Marcks, Breite Straße 56
v. 10-1 u. 4-6 Uhr.

Hasenfelle,
Kanin, Fuchs, Iltis, Marder etc.
Pferdehaare,
Mähnen, Kuhschweifhaare
kauft zu höchsten Preisen
J. L. Würzburg, Wahnstr. 22a.

Ba. ger. Schweinsbad. 65
ohne Knochen, pro Pfd.

Ba. dicke Blumen 70

Ba. fr. Ringen Pfd. 65, 50 30

Ba. Schweinef. (Bauch-) 55

Ba. fr. Kopf u. Bein 25

Ba. Leberwürst (Haus-) 80

M. Lahrtz, Böttcherstr. 16.

Mastentostüme

für Herren und Damen
in großer Auswahl zu
vermieten.

G. Will, Wahnstraße 34, I.
50 schick Damen-Mastentostüme
billig zu vermieten.

Wahnstraße 27c, II.

Abreisenden aufbewahrt u. nach-
gesandt werden

Gegenstände aller Art, als: Mobili-
en, Koffer etc. im Lagerhaus und
Expeditionsgechäft Fischerstr. 52.

Zu kaufen gesucht ein Haus in der
Nähe der Schwarntauer Allee mit 2
Zweck-Stuben- oder Drei-Stuben-
Wohnung. Ang. unt. L R a. d. Exp.

2 flotte Damen-Mastentostüme
billig zu verm. Augustenstr. 25, I.

Plakate

betr.
Verordnung des Medizinal-
amts vom 11. Juli 1910

bezügl. Feilhalten von Nah-
rungs- und Genussmitteln

sind zum Preise von 30 Pfg.
per Stück zu haben in der

Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.

Visitkarten

— ff. Elfenbeinkarten —

100 Stück von Mk. 1.— an

liefert

Buchdruckerei d. Lüb. Volksh.

Johannisstraße 16.

Wirklichen

Schutz gegen Verfälschung

insbesondere durch Methylylalkohol oder
sonstige gesundheitschädliche Stoffe
der Liköre etc.

haben Sie unbedingt und unter Garantie durch die

Selbstbereitung mit den **Original-Reichel-Essenzen** „Marke

Keine Imitations-Essenzen. Aus echten Naturprodukten und reinsten, feinsten Grundstoffen
auf warmem Wege hergestellt, höchst konzentriert, extraktreich und gehaltvoll.

Nur wer seine eigenen Fabrikate trinkt, weiß, was er trinkt, und
hat das ruhige Bewußtsein und die sichere Gewißheit für
durchaus reine, fuselfreie, daher gesunde und wohl-
betömmliche Getränke von vollendet hoher Qualität.

Bei eigener Herstellung begreifen Sie keine Phantasiepreise, sondern nur den
wahren Wert der Bestandteile und können niemals überbieten werden.

Die Selbstbereitung ist absolut reell!

Überzeugen Sie sich selbst durch einen
Versuch von den kaum glaublichen Vorteilen.

Jede Elixierspezialität ist herstellbar. • Tadelloses Gelingen garantiert

Man verlange nur die echten Reichel-Essenzen, „Marke Lichtberg“,
und lasse sich keinesfalls zum Kaufe einer der vielen Nachahmungen überreden.

Zur Aufklärung: Das wertvolle illustrierte Rezeptbuch:
„Die Destillierung im Haushalt“ gratis!

Otto Reichel Essenzen-Fabrik Berlin

Niederlagen in allen guten Drogerien etc.

Ab 1. Februar 1912:

Berlins Herzensjunge

Harry Walden

in seiner Glanzrolle

„Sein Herzensjunge“

im **Hansa-Theater, Lübeck.**

Zu meinem am Mittwoch, dem
31. Januar, stattfindenden

Grüntohl-Essen

(Anfang 10 Uhr morgens)
werden hiermit alle Freunde und
Bekannte freundlichst eingeladen.

Joh. Meyer,
Restaurant „Drei Linden“,
Zadenburger Allee 10a.

Weine, Spirituosen u. Liköre
in jeder Preislage
empfehlen

J. H. Stooß, Engelsgrube.

Sanitäts-Verband der freien Hilfsstaffen Lübecks.

General-Versammlung

am Donnerstag, dem 1. Februar 1912,

abends 8¹/₂ Uhr

im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.

Tages-Ordnung:

1. Wie stellen sich die freien Hilfsstaffen zur Reichsver-
sicherungsordnung? Referent: Arbeitersekretär P. Hoff.
2. Abrechnung vom 4. Quartal 1911 und Jahresbericht.
3. Wahlen.
4. Sonstige Verbandsangelegenheiten.

Der Vorstand.

Schwartau-Rensefeld.

Frauenversammlung
Mittwoch, den 31. Jan.
abends 8¹/₂ Uhr
bei Pinkert (Gasthof Transvaal).

Vortrag über:
**Das Leben und die Kämpfe
von Wilhelm Liebknecht.**

Referentin: Genossin Dr. Schlomer.
Um zahlreiches Erscheinen bittet
Die Vertrauensperson.

**Verband der Brauerei-
und Mühlenarbeiter**
u. verwandter Berufsgruppen.

Versammlung
Donnerstag, d. 1. Febr.
abends 8¹/₂ Uhr

im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.
Die Tagesordnung wird in der
Versammlung bekannt gegeben.
Das Erscheinen aller Mitglieder
ist unbedingt erforderlich.
Der Vorstand.

Kranken- und Sterbekasse
Amicitia E. H. No. 18.

General-Versammlung
am Sonnabend, d. 3. Febr. 1912,
abends 8¹/₂ Uhr.
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr.
Tagesordnung: Abrechnung vom
weiten halben Jahr 1911. Wahlen.
Verschiedenes.

Der Vorstand.
Nach Schluß der Generalver-
sammlung findet die Versammlung
der Männer- und Frauensterbekasse
statt. D. D.

Freie Jugend Lübecks.

Morgen Mittwoch, 31. Januar:
Gemüthlicher Abend
im „Gewerkschaftshaus“
(kleiner Saal).

Sonntag, den 4. Februar 1912,
von nachmittags 4¹/₂ Uhr an:
Zusammenkunft

im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.
Vortrag: „Friedrich der Große“.
Im Anschluß: Monatsbesprechung.

Für die Theatervorstellung des
Arbeiter-Bildungsvereins am Sonn-
tag, dem 11. Februar:

„Die Räuber“,
Trauerspiel von Fr. v. Schiller,
stehen eine Anzahl Karten zu er-
mäßigtstem Preise im Parteisekretariat
zur Verfügung.
Der Jugendausschuß.

Hört! Hört! UNIVERSUM.

Dienstag vorletzte
**Große karnevalistische
Sitzung mit Damen**
verbunden mit Bockbierfest.
Auftreten aller Künstler.

Neues Stadttheater.

Mittwoch, 31. Jan. Nachm. 3 Uhr.

Militär-Vorstellung!

Es sind nur noch Billets f. 2. Rang
a 60 & an d. Theaterkasse erhältlich.

Die Schlacht bei Liegnitz

Ein Soldatenspiel v. Paul Harns.

Mittwoch, 31. Jan. Abds. 8 Uhr.

Bei kleinen Preisen!

Der Rodelzigeuner.

Operette von Josef Snaga.

Donnerstag, 1. Febr. 7¹/₂ Uhr.

Boll-Ab. 115. Donnerstag-Ab. 20.

Der Freischütz.

Romant. Oper von C. M. v. Weber.

Freitag, 2. Februar. 7¹/₂ Uhr.

Boll-Ab. 116. Außer Freitag-Ab.

Zum 1. Male! Neu!

Hans Sonnenstörers Höllefahrt.

Ein heiter. Kraump. von Paul Apel.

Mußt von Beerbaum.

Das Wahlergebnis, wie es ist und wie es sein sollte.

Wir geben im nachstehenden eine Berechnung, aus der hervorgeht, wieviel Mandate jeder Partei bei einer gerechten Wahlkreiseinteilung, resp. bei dem Proportionalwahlsystem hätten zufallen müssen, und wieviel sie tatsächlich erhalten hat.

Parteien	Bei der Hauptwahl erhaltenen Stimmen	Entspr. Zahl von Mandaten	Gründungsmandate	zu viel +	zu wenig -
rechte					
Konservative	1 120 274	37	42	+ 5	
Reichspartei	870 887	12	14	+ 2	
Zentrum	2 085 290	67	98	+ 26	
Wirtschaftl. Vereinig. u. Antsk.	856 876	12	18	+ 1	
Polen	441 736	14	18	+ 4	
Welfen	90 607	3	5	+ 2	
Elfässer	68 565	2	5	+ 3	
Lothringer	38 856	1	2	+ 1	
Dänen	17 289	0	1	+ 1	
Wilde	43 638	2	2	-	
zusammen	4 504 517	150	195	+ 45	
linke					
Sozialdemokraten					
Fractionen	4 250 289	139	110	- 29	
Nationalliberale	1 672 619	54	44	- 10	
Fortschrittliche Volkspartei	1 558 880	51	43	- 8	
Bauernbund	29 148	1	2	+ 1	
Bayr. Bauernbund	48 219	2	3	+ 1	
zusammen	7 556 645	247	202	- 45	

Bei dieser Aufstellung haben wir Welfen, Elfässer, Lothringer, Dänen und Wilde der Rechten zugezählt, obwohl nicht gesagt ist, daß die betreffenden Abgeordneten unter allen Umständen die Politik der Rechten unterstützen werden.

Wie aus den gegebenen Zahlen ersichtlich, haben auch diesmal wieder die Sozialdemokraten am meisten unter der ungerechten Wahlkreiseinteilung zu leiden gehabt: diese Partei, die allein nahezu ebenso stark ist, wie die gesamte Rechte, hat statt 139 nur 110 Sitze, also 29 zu wenig erhalten. Die Nationalliberalen sind um 10 Sitze, die Fortschrittliche und Demokraten um 8 zu kurz gekommen. Insgesamt erscheint die Linke mit 45 Mandaten weniger auf dem Plan, als sie zu beanspruchen hätte.

Der Hauptnutznießer des gegenwärtigen Zustandes ist das Zentrum, das 26 Plätze zu viel erhalten hat und, obwohl es nicht halb so viel Stimmen aufgebracht hat wie die Sozialdemokratie, doch $\frac{1}{4}$ so viel Mandate ergattert hat. Auch die Konservativen, die Reichspartei, die Polen und die Elfässer haben ein gutes Geschäft gemacht. Insgesamt hat die Rechte 45 Mandate mehr erhalten, als ihr auf Grund ihrer Stimmenzahl zukäme. Die Majorität der Linken wäre also um ebensoviele größer, d. h. würde statt 7, 52 Stimmen betragen, wenn wir wirklich das gleiche Wahlrecht hätten. Eine der Hauptaufgaben der neuen Linken im Reichstag wird es sein, dieses verfassungsmäßige Recht endlich zur Tatsache werden zu lassen!

Familie Schöler.

Originalroman von Arthur Japp.

(6. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

„Ich denke mir, daß es ein sehr fragliches Vergnügen ist,“ bemerkte er, „sich mit schmutzigen und ungezogenen Arbeiterbälgen zu befassen. Die Bande dankt's Ihnen ja doch nicht. Überhaupt, es wird viel zu viel Aufhebens von dem Plebs gemacht. Den Arbeitern schmilzt der Kram nur immer mehr, und ihre Begehrlichkeit steigt ins Ungemessene. Aber das ist nun mal der Zug unserer Zeit. Soziale Fürsorge! Als ob man damit die Unzufriedenheit und Unbotmäßigkeit der Leute aus der Welt schaffen könnte. Unsinn! Den Herrn und Gebieter muß man ihnen zeigen mit Strenge und richtungsloser Energie!“

Helene blickte ihm schau ins Gesicht. Ein eherner Ausdruck, der etwas Brutales hatte, beherrschte seine Züge, und ein unwillkürliches Frösteln durchlief sie.

Sie atmete auf, als jetzt die Flügelklappen des Speisezim-mers geöffnet wurden und die schmeichlerischen Klänge eines Straußischen Walzers, von dem Flügel, den eine Geige und ein Cello begleiteten, ertönte.

Der Offizier reichte ihr den Arm und führte sie in den Saal. Und während sie im berausenden Wirbel des Tanzes an seiner Seite dahinschwabte, kam eine weiche, willenslose, hingebungsvolle Stimmung über sie.

Paul Schöler forderte Grete Brinkmann zum Tanze auf. Er amüsierte sich im stillen über die kühle, ablehnende Haltung und Miene, zu der sie sich bei seiner Annäherung zwang. Auf seine tiefe Verbeugung antwortete sie mit einem stolzen, kurzen Kopfnicken, und als sie ihm die Hand reichte, um mit ihm zum Tanze anzutreten, machte sie das Gesicht eines Opferlammes, das sich nur gezwungen und höchst ungern dem Gebot der Schickslichkeit fügt.

„Du bist zu komisch, Grete,“ kifferte der Leutnant lächelnd dem jungen Mädchen ins Ohr.

Die Angeredete machte eine Bewegung, als wollte sie sich dem Arm ihres Tänzers entwinden.

„Ich muß Ihnen bemerken,“ erwiderte sie heftig und feuchend, „daß es nicht höflich ist, eine Dame komisch zu finden.“

Der Leutnant ließ ein kurzes Aufschauen hören. „Weißt Du, Grete,“ wisperte er, „Du bist reizend, wenn Du schmolzt. Ich könnte Dich wahrhaft küssen.“

Die Berufe der neuen Reichstagsabgeordneten.

Die Zusammenlegung der einzelnen Fraktionen ist für den deutschen Reichstag, was die Berufsverhältnisse der Abgeordneten anbelangt, von außerordentlicher Wichtigkeit. Läßt sich doch an ihr erkennen, welche Berufsstände, welche Klasseninteressen durch die verschiedenen Fraktionen und Parteigruppen vertreten werden.

Sehen wir uns zuerst einmal den rechten Flügel des Reichstages und die dort vertretenen Berufe etwas genauer an. Zuerst die

Konservativen. Die Fraktion hat 42 Mitglieder. Darunter 3 Majoratsherren, 17 Rittergutsbesitzer, 4 Gutsbesitzer, 3 Hofbesitzer und 2 Ökonomenräte. Dazu kommen dann noch 1 Landschaftsrat, 2 Landräte, 2 Justizräte, 2 Direktoren, 1 Amtsrichter und 1 Bürgermeister. Außerdem gehören zu dieser Fraktion noch je 1 Redakteur und 1 Tischlermeister. Für 2 Mitglieder ließ sich ein näherer Beruf noch nicht angeben.

Reichspartei. Diese Fraktion zählt 14 Mitglieder. Darunter sind 1 Fideikommißbesitzer, 1 Rittergutsbesitzer, 3 Gutsbesitzer und 1 Hofbesitzer. Dazu kommen 2 Landräte, 1 Stadtschreiber, 1 Landgerichtsrat, 1 Amtsrichter und 1 Pfarrer. Ein Schriftsteller und ein General findet sich als der Überschuß vom ersten Duzend dazu noch an.

Zentrum ist nicht mehr Trumpf — das Spiel ist aus — trotzdem bleibt die Zusammenlegung gerade dieser Fraktion außerordentlich interessant. Im besonderen nach zwei Hinsichten, einmal in bezug auf die Geistlichen, von denen sind 11 vorhanden — im vergangenen Reichstage waren ihrer mehr vorhanden —. Zum anderen bezüglich des Gastrechtes, das christliche Gewerkschaftler in ihr genießen. Auch diese Ziffer ist geringer geworden! 4 Gewerkschafts- und Arbeitersekretäre und 4 Redakteure. Hier kann noch einer oder der andere dazukommen, da bei zirka einem Duzend von Zentrumsleuten der genaue Hauptberuf noch nicht richtig bekannt ist.

Außerdem gehören zur Zentrumsfraktion 4 Professoren, 1 Oberlehrer, 1 Lehrer, 1 Assessor und 1 Königl. Bibliothekar. Des weiteren 6 Landwirte und Weingutsbesitzer, 2 Bürgermeister, 2 Landesräte, 1 Stadtrat, 1 Regierungsrat, 3 Rechtsanwält, 3 Landgerichtsräte, 2 Landgerichtsdirektoren, 1 Landgerichtspräsident, 1 Oberlandesgerichtsrat, 1 Amtsgerichtsrat, 1 Amtsrichter, 1 Geh. Justizrat, 1 Justizrat und 1 Stiftsrat — das sind ungewiß alle „Räte“ des Zentrums. Die bürgerlichen Erwerbsstände sind durch 6 Kaufleute und Verleger, 2 Brauereibesitzer, 1 Malermeister — 6 Rentiers und Privatiers vertreten. Grafen, Freiherrn und Fürsten — zusammen 5 — fehlen auch nicht. Generaldirektor, Inspektor, Expeditor, Generalmajor a. D. usw. ist je einmal vertreten.

Die Polen lassen sich nur schwer nach Berufsständen rubrizieren. Neben dem Redakteur, dem Rechtsanwalt, dem Pfarrer und Doktor ist hier der Ritterguts- und Gutsbesitzer ebenfalls vertreten.

Wirtschaftliche Vereinigung und Antifemiten zählen zusammen 13 Abgeordnete. Davon sind je 1 Rentier, Ökonomierat, Bürgermeister, Schneider, Arbeitersekretär, Weinhandwerker, Amtsrichter, Verleger und Redakteur, 2 sind Landwirte. Vom Reste ist der Beruf noch nicht genau bekannt.

Die weiteren Parteipflücker, wie Elßaß-Lothringer, zählen bei 7 Mandaten je 1 Doktor, Abbe, Tierarzt und Bürgermeister, bei den übrigen drei ist der Beruf noch nicht mitgeteilt.

Der bayerische Bauernbund entfaltete in den Reichstag 2 Landwirte und 1 Oberlehrer.

Der deutsche Bauernbund einen Syndikus und seinen Sekretär.

Von den fünf Welfen sind 3 Rittergutsbesitzer und je 1 Rektor und Gutsbesitzer.

Von den 45 Mitgliedern der nationalliberalen Fraktion sind nach ihrem Berufe 43 bekannt. Es sind 1 Majoratsherr, 1 Rittergutsbesitzer, 5 Landwirte resp. Gutsbesitzer und 1 Weingutsbesitzer. Dazu kommen noch 1 Land-, 1 geheimer Regierungs-, 1 Amtsgerichts-, 1 Legations-, 1 Oberverwaltungsgerichts-, 1 Stadt-, 1 Regierungs-, 1 Geheimer Regierungsrat, 2 Justizräte und 3 Kommerzienräte. Des weiteren 1 Bank-, 1 Schul- und 1 Generaldirektor, 5 Rechtsanwält, 3 Professoren, 1 Pastor, 1 Lotteriekollektor, 1 Fabrikant, 1 Kaufmann, 1 Schriftsteller, 1 Verbandsvorsteher, 1 Bäckermeister und 2 Renommierarbeiter vervollständigen die Berufsliste der nationalliberalen Fraktion.

Die Fortschrittliche Volkspartei besitzt unter ihren 42 Mitgliedern 1 Ritterguts-, 2 Gutsbesitzer, 2 Landwirte; dann 3 Professoren, 2 Doktoren, 1 Rektor, 1 Schulrat, 5 Rechtsanwälte, 2 Pfarrer und 3 Lehrer. Außerdem 1 Justizrat, 3 Stadträte, 1 Bergat, 1 Gemeinderat, 1 Stadtdirektor und 1 Syndikus. Weiter noch 1 Kammerpräsidenten, 1 Direktor, 1 Landesgerichtsrat, 2 Kaufleute, 2 Schriftsteller, 1 Klempnermeister und 1 Buchdruckereibesitzer. Die wenigen, die dann noch fehlen, sind noch nicht, was ihren Beruf anbelangt, bekannt.

Die Fraktion der Sozialdemokratie wird durch 30 Redakteure vertreten, die in der weitaus größten Mehrzahl aus Handwerkerberufen hervorgegangen sind, daselbst trifft auf die 20 Gewerkschaftsführer, -beamte und Arbeitersekretäre zu, ebenso fast in demselben Maße auf die 17 Schriftsteller, 10 Parteisekretäre, 9 Geschäftsführer, Verleger und Buchhändler, die 7 Kaufleute, 4 Zigarrenhändler und -arbeiter, 2 Kassenbeamten, 2 Gastwirte und die übrigen Einzelberuf. Als rein Intellektuelle sind die 7 Rechtsanwaltsgehilfen zu betrachten. Ihre geringe Zahl, vereint auch mit den als Intellektuellen fälschlich immer abgeordneten, läßt die klare Struktur der Arbeiter völlig unberührt.

Die Zusammenstellung zeigt im ganzen genommen, daß im neuen deutschen Reichstag alle wichtigeren Berufe vertreten sind. Hervorstechende Eigenschaften bleiben unter dem Sammelurteil der verschiedensten Berufe aber immer wieder: rechts Großgrundbesitz, in der Mitte Kleinrent, Fabrikantentum und Beamtenwesen und links neben den Intellektuellen die geschlossene Masse der Arbeiter.

Versammlung der Bürgerschaft.

b. Lübeck, 29. Januar 1912.

Vorsitzender Dr. G ö r g eröffnet die Sitzung um 6 Uhr 15 Min.

Erster Tagesordnungspunkt ist die Nachbewilligung auf die Baukosten des Neuen Stadttheaters im Betrage von 380 117,01 Mark.

o. Schack weist auf die unangenehmen Aufgaben der Bürgerschaft bei hohen Überschreitungen hin, durch die das Mitbestimmungsrecht der Bürgerschaft ignoriert und weit

mein Herr. Ich bin blond, und das Fräulein, das Sie küssen möchten, und das sich vielleicht von Ihnen küssen ließe, ist brünett.“

Es dauerte eine Weile, bis Paul Schöler diese schimpfliche Bemerkung verdaut hatte. Plötzlich fühlte die Tanzende, wie sie von ihrem Tänzer fester an seine Brust gezogen wurde, ohne daß sie imstande gewesen wäre, es zu hindern. Und gleich darauf tönte seine kühlende Stimme wieder in ihr Ohr. „Du nur liebe ich, Dich. Die andere Dame, die Du meinst, verehere ich als Tochter meines Vorgesetzten, und wenn ich etwas an ihr bewundere, so ist es ihr Gesicht, ihre Schneidigkeit. Du aber bist die Schönste die Liebste.“

Da vermochte die tief Bekränkte den Ton kühler Spottes nicht mehr festzuhalten. Die lebensschaffende Bitterkeit, die sie seit Monaten erfüllte, machte sich in dem ungestüm hervorgestoßenen Ausruf Luft: „Ich bin nicht Ihre Schönste und nicht Ihre Liebste! Da wo sie verehere und bewundern, können Sie auch lieben.“

Ein mühsam verhaltenes Schluchzen klang aus dem bebenden Ton ihrer Stimme, und erschrocken hielt Paul Schöler im Tanzen inne, legte mechanisch ihren Arm in den seinen und schritt mit ihr auf einen leeren Stuhl zu. Fortschend blickte er sie von der Seite an. Sie schien ihre Aufregung bezwungen zu haben, denn sie sah wieder ganz ruhig aus. Er tat einen tiefen, befreienden Atemzug.

„Sage mal, Grete, warum redest Du mich immer mit Sie an?“

Ihre Augen blickten wieder hoffentlich und un-nahbar.

„Weil wir keine Kinder mehr sind, und weil die Zeit der Kinderreien vorbei ist.“

„Der Kinderreien?“ Ihm stieg der Arges in den Kopf.

„Jawohl“, trumpfte sie auf. „Und deshalb wäre es mir lieb, wenn auch Sie —“

Sie zu mir sagten. Schön! Wie Sie befehlen, meine Gnädigste!“ Er verbeugte sich mit übertriebener Galanterie und gekünsteltem Respekt. „Untertänigsten Dank, daß Sie die Gnade hatten —“

Er drehte ihr den Rücken, Born und Arges im Herzen, und schalt sie im stillen albern und langweilig. Nun hielt ihn nichts mehr zurück. Nun würde er der eleganten, vornehmen Erna von Volkenhagen erst recht den Hof machen. Dertrieb ihn Grete nicht selbst von sich? Hatte sie nicht eben verächtlich Kinderreien genannt, was er immer noch in seinem Innern hochgehalten hatte als die süßesten, köstlichsten Erlebnisse seiner Jugendzeit?

Neben der Tür, die in ein Nebenzimmer führte, lehnte Emil Brinkmann mit verdrücktem Blick. Seine gefurchte Stirn und der ernste trübe Blick seiner Augen verrieten, daß es nicht angenehme Betrachtungen waren, denen sich der Kassierer der Firma G. D. Schöler hingab. Es war das eriemal, daß er sich im Hause seines Chefs nicht wohl fühlte, sondern sich wie ein Fremder vorkam. Ringelsum Uniformen, blitzende Spauletts. Eine düstere, schwermütige Stimmung lag über ihn. War es der Anfang einer neuen Epoche, die in dem Hause, in dem bisher bürgerliche Einfachheit und Schlichtheit die Regel gewesen, ihren Einzug hielt? Unbemerkt, einsam, verlassen stand er an der Tür, er, der sonst wie ein Sohn im Hause angesehen worden war. Das bittere Gefühl eines Menschen, der sich in den Hintergrund gedrängt, beiseite geschoben sieht, schlich in seine Brust. Schon damals, als der einzige Sohn des Hauses einen Beruf gewählt, dem noch kein Schöler bisher angehört hatte, und der zu der schlichten Vergangenheit des Chefs der Firma G. D. Schöler in so schneidendem Kontrast stand, hatte er warnend seine Stimme erhoben. Seine Worte waren nicht beherzigt worden. Kam die Zeit, wo er in diesem Hause überhaupt nicht mehr gehört wurde?

Der Grübelnde zuckte plötzlich leise zusammen. Nicht an ihm, so daß der Saum ihres Kleides ihn streifte, wipbelte Helene Schöler im Tanz vorüber. Wie hingebungsoll sie sich in den Arm des stattlichen Offiziers schmiegte! Wie glücklich ihr Gesicht strahlte! Hatte auch sie schon der Taumel erfasst, dem niemand in der Familie Schöler sich mehr entziehen zu können schien? Und doch hatte er gerade auf Helene's vernünftigen, schlichten Sinn Häuser gebaut. Er hatte geglaubt, sie zu kennen, wie er seine Schwester kannte. Er hatte sie ja heranwachsen sehen und von ihrer Kindheit an sich gefreut, wie herrlich sie sich körperlich und seelisch entwickelt hatte. Ein zartes, schwächliches Kind war sie gewesen, aber seit sie die Gekümmert und Unbeholfenheit der Backschiffahrt hinter sich hatte, war sie zur schönen, anmutigen Jungfrau herangewachsen. Zartheit und Lieblichkeit waren noch immer die charakteristischen Eigenschaften ihrer äußeren Erscheinung, aber an Stelle der unklugen, fahigen Bewegungen des Backschiffes war eine natürliche ruhige Grazie getreten. Daß sie dabei ein natürliches, ungekünsteltes, jeder Koketterie und jeder hochmütigen Regung abholdes Wesen besaß, und daß ihr warm und edel empfindendes Herz sich willig mit dem Mitleid mit den vom Schicksal weniger glücklich bedachten Mitmenschen öffnete, hatte er in unzähligen Beobachtungen erkannt. Wie glücklich hatte ihn nicht die Erkenntnis gemacht, daß sie mehr die Art ihres

über diese Grenzen hinaus Zustimmung erreicht werde. Bei kleineren Überschreitungen habe die Mäxlichkeit stets ihre Zustimmung gegeben; über solche kolossalen Summen dürfe aber ohne Kritik nicht hinweggegangen werden. Redner geht auf die Entstehungsgeschichte des Theaterneubaus ein, der zuerst nach einem Antrage Dr. Wendas auf städtischem Boden errichtet werden sollte. Bis die Schenkung des Herrn Vosfeld auf den Plan trat. Dann wurde auf Grund dieser Schenkung beschlossen, für das Theater und den Saalbau 1 228 000 Mark anzulegen. Bald darauf wurde die Maximalanzahl auf 1 720 000 Mk. erhöht. Herr Th. Schwarz hat damals den Vogel getroffen, als er behauptete, wenn das Theater fertig sei, werde die Summe von 2 1/2 Millionen Markt voll sein. Auf alle die Einwände gegen das Projekt wurde von Senatsräte optimistisch geantwortet und die Beschlüsse des Herrn Schwarz bekräftigt. Drei bis vierprozentige Verzinsung wurde in Aussicht gestellt, es würden für den Saalbau 20 000 Mk. Nacht herausgerechnet; während diese in Wirklichkeit nur 7000 Mk. beträgt. Heute ist noch die Frage, ob der Pächter überhaupt auf seine Kosten kommt und diese Summe weiter bezahlen kann. Senator Eichenburg behauptete damals fest, daß für eine Million wohl ein Theater und für 500 000 Mk. ein Gesellschaftshaus erbaut werden könne, das allen Anforderungen genügt. Diese Senatsäußerung war denn auch ausschlaggebend für die Bewilligung in der Bürgerschaft. Es wurde behauptet, wenn der Baukommission das nötige Vertrauen entgegengebracht werde, komme schon etwas Rechtes heraus. Jetzt freilich steht im Bericht des Vaudirektors Vosfeld etwas ganz anderes. Die größte Schuld muß dem Architekten Vosfeld zugeschrieben werden. Dieser übernahm die Bauausführung bis zum 1. Oktober 1908. Nachdem die Bauunternehmung bewilligt war, begann die wilde Jagd. Vosfeld hatte sich angeboten, den Bau bis zu dem Zeitpunkt fertigzustellen, ohne daß er dazu gedrängt wurde, daher kam die Verzögerung des Baues, daher rührte es, daß Mauern ausgeführt wurden, ehe die Pläne fertiggestellt waren. Zum Teil mußten die Arbeiter wieder weggeschickt werden. Etwa 70 000 Mk. sind für Arbeiten angegeben, ohne daß genügende Nachweisungen erfolgten. Die Theaterbaubehörde behauptet allerdings, daß jeder Kostenvoranschlag nur eine Schätzung darstelle, die nicht den wirklichen Preis in sich bergen könne. Die Theaterbaubehörde lehnt die Verantwortung nicht ab, sie schiebt sich jedoch durch die besonderen Umstände entlastet, andernfalls wäre, wie sie sagt, die Stadt ein volles Jahr ohne Theater gewesen. Häuten die Bürgerchaftsmitglieder geglaubt, daß eine 20prozentige Nachforderung gestrichelt würde, wäre der Bau in der Beckergrube nicht zustande gekommen. Bemerkenswert ist noch das Gutachten eines hiesigen Sachverständigen, der Vosfeld alle Schuld zuschiebt. In Kiel waren beim Theaterneubau Tagelohnarbeiten im Betrage von 98-100 000 Mk., und bei uns betragen sie 325 000 Mk., das kennzeichnet doch die ganze Sachlage. Redner geht zum Schluß auf den Bürgerausschußbericht ein und weist den Vorwurf zurück, daß die maßgebenden Körperschaften, vor allem die Bürgerschaft, die übermäßige Eile verlangt habe. Wünsche einzelner könnten nicht in Betracht kommen. Dagegen erhebe er Protest. Wie kommt denn die Bürgerausschußkommission zu der Summe von 250 000 Mk. und welche Beweise liegen vor, daß die gesetzgebenden Körperschaften und speziell die Bürgerschaft Eile gefordert haben? Werden diese Fragen nicht genügend beantwortet, lehne ich die Senatsvorlage ab, und wenn es nur aus Demonstration geschieht, als Beweis dafür, daß sich die Behörden nach der Bürgerschaft zu richten haben und nicht über unsere Köpfe hinweg die Gelder ausgeben. (Bravo! bei einem Teil der Anwesenden.)

Senator Evers: Selbstverständlich sind für alle Ausgaben Arbeiten geleistet worden. Unsere Kostenschätzungen sind nur Schätzungen, den Maßstab geben die Kostenschätzungen der Handwerker ab. Wir glaubten alle, mit dem Geld auszukommen.

Mantau behauptet, daß die Theatergeschichte eine ununterbrochene Kette von schweren Fehlern darstelle. Den Schuldigen müsse man jetzt suchen. Vosfeld habe wohl einen Teil der Schuld, die Hauptschuld treffe jedoch den Vertrauensmann des Staates, Herrn Vaudirektor Vosfeld. Der Mann hätte sagen sollen, daß er nichts davon verstehe, dann hätte man ihn einen Spezialisten zur Stelle stellen können. Heiliger Jörn erfüllt mich, daß für drei Millionen Markt so wenig geleistet wurde. Erst war Herr Vosfeld damit einverstanden, das Theater auf freiem Platz zu errichten und nachher trat er für den Beckergrubenplatz ein. Das kennzeichnet schon seine Unentschiedenheit. Herr Vosfeld hätte beim Vosfeldschen Geschenk darzujuchspringen müssen, umso mehr, als Herr

Vosfeld nur einen Wunsch geäußert hatte. Ich bin stets gegen den Saalbau aufgetreten, und habe mit meiner Warnung recht behalten. Herr Vosfeld ließ seine Projekte nicht nachprüfen und verteidigte sie vor der Bürgerschaft. Direktor Kurtscholz schlug nach Einsicht des Projektes die Hände über dem Kopf zusammen; manches mußte ja nachträglich noch geändert werden. Die bauausführenden Firmen konnten über die Verquickung von Theater und Saalbau am meisten schmunzeln. Den Vorwurf kann ich der Theaterbaukommission nicht ersparen, daß sie nirgends hingekifft ist und sich die verschiedenen Theater angesehen hat, sie begnügte sich allein mit einigen Gutachtern. Dabei ist Herr Vosfeld überhaupt kein Theaterbauprozessionalist, er baute ein einziges Theater in Meeran für 600 000 Mk. und das Dortmunder. Unser Theater ist ein verkümmertes Abklatsch des Dortmunder Stadttheaters, dessen Sachverständiger gar nicht in Betracht kommt, weil sein Urteil ziemlich gefärbt war. Vosfeld urteilte über das Vosfeldsche Projekt erst ganz abfällig, er nannte es ein Puppenbühnen. Nachdem aber bei ihm eine Loge abonniert war, kostete das Projekt auf einmal ideal sein. Als die ungenügende Platzanzahl für die minderbemittelte Bevölkerung bemängelt wurde, behauptete Vosfeld dann, im Stadthallentheater seien auch nicht mehr. Das trifft natürlich nicht zu, überhaupt war Vosfeld kein Sachverständiger, er leitete hier zum erstenmal ein Stadttheater. Herr Vosfeld soll auch nicht geküßt haben, daß eine Verschleimung des Baues erhöhte Kosten in sich schließt. So etwas ist einfach nicht zu glauben. Ihn allein trifft deshalb die Schuld. Im Bericht werden Überschreitungen damit begründet, daß die Lübecker bauvollständigen Vorschriften für die Eisenkonstruktionen schärfere Bestimmungen enthielten, als die liefernde Firma kalkulierte, die die Eisen selber zugrunde legte. Herr Vosfeld hätte auch hiervon Kenntnis haben müssen. Ein Jammer ist es auch, daß bei einem Drei-Millionen-Theater nur 153 Plätze für die arme Bevölkerung vorhanden sind. (Sehr richtig!) Redner bemängelte noch weitere Einzelheiten des Baues, die Theaterbaubehörde habe selbst Mängel zugegeben. Vor allem sind die Bühneneinrichtungen ungenügend, sodas zu Proben das Stadthallentheater zu Hilfe genommen werden muß. Die früheren Pläne für den Saalbau seien sich heute wie eine Ironie. Sie wollten aus diesem Saalbau sogar 30 000 Mk. herausziehen, und heute müssen wir mit 7000 Mk. zufriedensein. Für Kammermusik ist der Marmoraal absolut unangebracht. Den Steuerzahlern gegenüber können wir keinesfalls verantworten, noch 4700 Mk. Gratifikationen auszuwerfen. Diese Summe bitte ich im Falle der Annahme des Senatsantrags zu streichen.

Schöb: Es sind Überschreitungen vorgekommen, die absolut nicht hätten eintreten dürfen. (Sehr richtig!) Gewiß kommen solche fast bei jedem Bau vor; eine in annehmbaren Grenzen stehende Überschreitung hätte mich auch bei diesem Bau nicht überfallen. Wie war die gemaltige Überschreitung möglich, und wer trägt die Schuld? Unzweifelhaft haben mehr oder weniger alle Zustände Schuld, die naturgemäß ein Bestimmungsrecht auszuüben hatten, und die Hauptschuld hatte Vosfeld mit der örtlichen Bauleitung, die sich auf die rasche Fertigstellung festlegte. Die Hauptsumme der Überschreitungen bezieht sich auf Veränderungen und Tagelohnarbeiten. Soweit diese Veränderungen sich auf Verbesserungen beziehen, will ich sie gerne genehmigen. Aber so hohe Überschreitungen der Tagelohnarbeiten habe ich noch nicht gesehen. Allein die Heizungsanlagen erforderten für 50 000 Mk. Tagelohnarbeiten, die aus dem schon erwähnten Mangel an gehöriger Baupraxis resultieren. Vosfeld konnte sich keine Vorstellung von der finanziellen Tragweite seiner architektonischen Ideen machen und die örtliche Bauleitung war ganz kopflos. Unser Stadttheater trägt die rein persönliche Handschrift des Herrn Vosfeld, es ist in seiner inneren Einrichtung ein Fremdkörper zu unserem Lübecker Geschmack. Während sonst Herr Vosfeld kaum schlafen kann, wenn ein Nichtprofessor in Lübeck einen Bau ausführt, ob dieser auch dem Stadtbild entspricht, hat er hier seiner Einfluss ganz vermissen lassen. Man sieht sich in diesem Theater stets fremd vor lauter Drachen usw.

Senator Evers: Die Erscheinungen beim Theaterneubau bedauern auch der Senat. Wir sind den auswärtigen Sachverständigen außerordentlich dankbar. Herr Vosfeld scheidet hier völlig aus. Herr Kurtscholz war stolz auf den Bau. Wir schulden Herrn Kurtscholz außerordentlich viel, er sprach sich auch sehr lobend über das Theater aus, doch darf nicht vergessen werden, daß Herr Kurtscholz von Augenblicksbeginn beherrschte war. Für die Theaterbaukommission muß ich in Anspruch nehmen, daß sie in keiner Weise auf den Termin der Fertigstellung drückte. Wären die Tagelohnarbeiten nicht rechtzeitig fertig geworden, würde sich der Bau um ein volles Jahr verzögert haben. Durch die Mehrforderungen wurden aber auch erhebliche Verbesserungen gemacht. Herr Vosfeld hat die Fertigstellung versprochen im Widerspruch des Herrn Vosfeld. (Hört, hört!) Die Theaterbaukommission trat auf Vosfelds Seite, weil er anderorts seine Fähigkeit bewiesen hat. Herr Vaudirektor Vosfeld hat sich nie vermessene, den Behörden gegenüber als den Mann aufzuspielen, der in Lübeck ein Theater bauen wollte. Nur beratend wirkte Herr Vosfeld mit. Ob der Beschluß zugunsten des Hauptplatzes in der Beckergrube mit kleiner oder großer Mehrheit gefaßt ist, kommt hier nicht in Betracht. Herr Professor Vosfeld ist ein angelegener Architekt, leider hat er sich bezüglich der Bauzeit geirrt. In die Leistungen der Theaterbaubehörde und der bauausführenden Architekten hat er nie eingegriffen, ein tüchtiger Architekt läßt sich hierin auch nichts sagen. Herr Vosfeld darf keine höhere Verantwortung aufgeladen werden, als er tatsächlich auf sich genommen hatte. Mit Rücksicht auf die großen Überschreitungen können leider keine größeren Gratifikationen gewährt werden. Wenn man jedoch die außerordentlichen Leistungen des Herrn Vaudirektors Vosfeld und der Techniker in Betracht zieht, muß gesagt werden, daß die vorgeschlagenen Gratifikationen außerordentlich gering sind. Jeder Privatmann vergütet seinen Angestellten besondere Leistungen.

Heinsohn erinnert an die großen Hoffnungen der hiesigen Handwerker beim Theaterneubau, die sich nicht erfüllt hätten. Vosfeld habe hauptsächlich seinen Bekanntenkreis berücksichtigt. Die Vorarbeiten wären nicht genügend in Betracht gezogen. Redner tritt u. a. für die Nachbewilligung und die Gratifikationen ein, und nimmt ferner die Theaterbaukommission in Schutz.

Dr. v. Broden stellt sich auf den Standpunkt der Bürgerausschußkommission, deren Aufstellung man ruhig betreiben könne. Der von der Kommission ausgesuchte Fachmann habe nach monatelanger Untersuchung zu keinem anderen Ergebnis gelangen können. Die Überschreitung sei einmal da und müsse demilligt werden. Hauptschuld trage Senat und Bürgerschaft, unter deren Augen habe die Theaterbaukommission gehandelt. Herr Mantau's Angriffe auf den Vaudirektor Vosfeld seien unangebracht, zu diesen Vaudirektor könne man sich nur gratulieren. Die Gratifikationen seien in diesem Falle vollaus berechtigt, aus Billigkeitsgründen müßten sie gewährt werden.

Wolkenau erinnert an das alte Sprichwort von den Großen, die man laufen läßt, und den Kleinen, die gehängt werden, sieht ebenfalls ungenügende Bauvorbereitungen und bedauert die geringe Beachtung der Handwerker, die

seht trotzdem mit zu bezahlen hätten. Deren Zustimmung sei groß. Im übrigen ist Redner gegen jede Gratifikation. Wichtig: In einem Punkt kann ich den Ausführungen vom Senatsrat zustimmen, und zwar in dem, daß diese Vorlage unerfreulich ist, und daß sie durch längere Reden nicht besser wird. In dem Bericht heißt es, die Überschreitungen seien gerechtfertigt. Wenn man den Bericht des Sachverständigen durchliest, wird man schwerer zu dieser Ansicht kommen können. Die Bürgerausschußkommission betont ja, daß die gesetzgebende Körperschaft die Hauptschuld an diesen Missetatungen trage. Sie hätten die über große Eile gewollt. Das entspricht nicht den Tatsachen. Irigendwelche Bedenken finanzieller Art über die kurze Bauzeit sind von dem Architekten und den bauausführenden Körperschaften nicht geäußert worden, folglich konnte die Bürgerschaft nicht darüber orientiert sein, daß mit der schnellen Ausführung des Theaterbaues eine so hohe Mehrbelastung eintreten würde. Herr von Schack wies schon auf die vor sechs Jahren gefallene Äußerung meines Freundes Schwarz hin, daß uns der Bau 2 1/2 Millionen kosten werde. Wenn man sich die Verhandlungen von 1903 vergegenwärtigt, so ersieht man, daß damals nur eine Million für das Theater ausgegeben werden sollte. Gerade vom Senatsrat wurde Sparfamekt empfohlen. Vosfeld stellte damals fest, daß Senator Fehling namens des Senats erklärt hatte, dieser lege großes Gewicht darauf, die eine Million nicht zu überschreiten. Durch Reden können wir jetzt nichts mehr sparen, nachdem die Summen ausgegeben sind. Der Senat erklärt allerdings, die Theaterbaukommission übernehme die volle Verantwortung für die Überschreitung; ich glaube aber kaum, daß sie bezahlen will, wenn die Vorlage abgelehnt wird. Deshalb hat die Verantwortung für uns wenig Wert. Zu bedauern ist, daß die Sachverständigen so wenig getaugt haben sollen. Herrn Vosfeld, den Herr Senator Evers abgeschüttelt hat, muß ich in Schutz nehmen. Er hat das Theaterprovisorium unter schwierigen Verhältnissen in anerkannter Weise geleitet; deshalb sollte man ihm jetzt, da er nicht mehr hier ist, keine Steine nachwerfen. Mit Herrn Mantau bin ich darin einig, daß die billigen Plätze im Theater außerordentlich gering an Zahl sind. Herr Senator Evers führte aus, daß die Einnahmen des Theaters deshalb zurückgegangen sind, weil eine weitere Verbilligung der Plätze stattgefunden hat. Ich glaube recht zu haben in der Annahme, daß dies nicht der Verbilligung der Plätze, sondern der merkwürdigen Einnahme zuzuschreiben ist, daß die Plätze, die das Geld bringen sollen, meistens unbesetzt sind. (Sehr richtig!) Der Name Kurtscholz wurde auch erwähnt. Auch ich kann sagen, daß ich sicher nur mit höchster Verehrung gedenke. Dabei will ich kurz das Scheiden Kurtscholz aus Lübeck streifen. Als ich feierzeit meinte, Herrn Kurtscholz seien von anderer Seite Steine in den Weg gelegt worden, erklärte Senator Evers, es sei alles versucht worden, ihn zu halten. Man sei ihm extra zu diesem Zweck nach München nachgereist. Auch ich freute mich über den Versuch, den verdienten Mann noch länger an Lübeck zu fesseln. Wenige Tage nachher sprach ich mit Herrn Kurtscholz und dabei machte ich ihn auf die Senatsklärung aufmerksam. Kurtscholz war außerordentlich erstaunt, daß man ihm angeblich nachgereist sei, um ihn zum Weichen zu bewegen. Mir erklärte Herr Kurtscholz, daß man ihm sagte, er möchte gleich vom Berrage zurücktreten und auf das dritte Jahr seiner Direktionsstätigkeit verzichten. (Hört, hört!) Schon nach zwei Jahren wollte man ihn abstoßen. Dieser Vorfall hat mich aufs tiefste empört. In dem Senat bei seinen Ausführungen, die er mir gegenüber im vorigen Jahre machte, ein Fertum passiert; hat man wirklich Herrn Kurtscholz, an dessen Wahrheitsliebe ich nicht zweifle, die Pistole auf die Brust gelegt? Die hohen Worte, mit denen man jetzt des Herrn Kurtscholz gedenkt, wären dann mit den Taten ihm gegenüber schlecht in Einklang zu bringen. Wir können leider die Vorlage nicht ändern. In dem Bericht ist auch enthalten, daß die Baukommission, ohne daß sie den Stand der Sache kannte, 125 000 Mk. selbst bewilligte. Sie frug nicht danach, ob sie dazu berechtigt sei, oder ob sie sich erst an die Bürgerschaft wenden müsse. Ich habe den Eindruck gewonnen, daß bei dem Bau des Theaters mit Staatsgeldern so gewirtschaftet worden ist, wie es nicht verantwortet werden kann. Wir lehnen die Vorlage deshalb ab.

Senator Evers: Ich habe von meinen früheren Äußerungen in bezug auf das Scheiden des Herrn Intendanten Kurtscholz nichts zurückzunehmen und halte sie auch jetzt noch aufrecht. Die Volksvorstellungen bedeuten doch einen großen Fortschritt und sind eine Konzession an die billigen Plätze.

Buchwald: Auf den Saalbau hatte man feinerzeit große Erwartungen gesetzt, die nicht erfüllt wurden; doch können diese Erwartungen heute noch erfüllt werden, wenn die traurige Musik des Marmorales beseitigt wird. Redner stellt einen dahingehenden Antrag, diesem Abstände abzuhelfen. Wenn die geforderte Summe heute abgelehnt wird, muß man doch wissen, was dann gemacht werden soll. Diese unerquickliche Sache muß endlich aus der Welt geschafft werden.

Senator Evers stellt Versuche um Besserung des Marmorales in Aussicht. Vorarbeiten seien bereits im Gange.

Albers fragt an, warum die Behörde von Herrn Vosfeld keine Kautions verlangt habe. Heute sei Vosfeld im Falle einer Regreßpflicht zahlungsunfähig. Das hochherzige Geschenk des Herrn Senators Vosfeld habe auf die Entschlüsse der Bürgerschaft einengend gewirkt, die Theaterbaubehörde hätte sonst eine ganz andere Richtung genommen. Beim alten Zollshuppen wurde die schwierige Fundamentierung hervorgerufen, die beim jetzigen Bau noch viel mehr Kosten verursacht habe. Wortausführe lehne er die Vorlage ab.

Loose will Klarheit über die Position Brennscheren und Brennapparate.

Senator Evers: Selbstverständlich muß statt Brennscheren Brennapparate stehen.

Mantau: Gewiß haben Senat und Bürgerschaft die Schuld an den Überschreitungen, die moralische Schuld aber trägt einzig und allein Herr Vaudirektor Vosfeld. Hätte er als Sachverständiger genügend Auskunft gegeben, würde die Bürgerschaft nicht zugestimmt haben. Trotz seiner vielen Arbeit und seines Verdienstes während des Baues bitte ich die Gratifikation abzulehnen, um so mehr, als seine Arbeit so wenig erfolgreich war. Herrn Löwig habe ich zu erwidern, daß ich Herrn Vosfeld als Theaterdirektor nicht zu nahe getreten bin.

Der Wortführer bittet die Redner sich kurz zu fassen.

Ziele kann sich mit dem Antrag Buchwald nicht befremden, wo keine Musik ist, kommt keine hin, das sehen wir am Stadthallentheater. Redner tritt des ferneren für eine Ermäßigung der Preise der Plätze ein und wendet sich gegen die jetzige Preiserhöhung bei Abendvorstellungen für die literarische Gesellschaft; diese Vorstellungen müßten nachmittags stattfinden.

v. Schack findet in den Äußerungen des Herrn v. Broden und Senators Evers einen Widerspruch in bezug auf die Fertigstellung des Baues. Er hätte sich gefragt, wenn die Bürgerschaft schuld hätte, dann müßte die Bürgerschaft eben die Summe bewilligen. Das trifft nicht zu. Auch seine

Baters geerbt hatte und von der mütterlichen Eitelkeit und ihrem Gang nach Olonz und Frank gänzlich frei zu sein schien!

Doch nun? Hatte er sie falsch beurteilt? Kam nun die eitle, nach gesellschaftlichen Erfolgen dürstende Natur der Mutter bei ihr zum Durchbruch? Noch nicht ein Wort hatte sie an diesem Abend an ihn gerichtet, nicht einen Blick für ihn geworfen. Drängten ihn auch bei ihr die Uniformen in den Hintergrund? Ang auch sie an, ihn über die Achsel anzusehen, wie es die Mutter von jeher getan hatte? Freilich mit ihm konnte man nicht prunken, mit seiner Bekanntheit nicht prahlen. Er war ein einfacher Mensch von niedriger Herkunft, kein Vater war Schloffermeister gewesen. Er verstand nicht Phrasen zu drescheln und Komplimente zu machen. Er war nicht gewöhnt, „gnädige Frau“ und „gnädiges Fräulein“ zu schnorren und den Damen die Hand zu küßen.

Mit heftigem Rud drehte sich der vereinsamte Gast von dem bunten, verwirrenden Bild der durcheinanderstübenden, im Rauche des Lenzes dahingewogenen Paare ab, das ihn nur mit Unmut und Bitterkeit erfüllte, und durchschritt die Nebenstube. Am Rücken hatte er dem Feste den Rücken gewandt, aber er schätzte seinen Prinzipal zu verlegen, wenn er als erster die Gesellschaft verließ. So nahm er in dem letzten der Räume Platz, einem kleinen Zimmer, das ehemals Paul Schölers Arbeitszimmer gewesen, als er, noch im väterlichen Hause wohnend, das Gymnasium besucht hatte. Jetzt wurde es als Vorzimmer benutzt.

Allein, von niemand gehört, sah er hier grübelnd, die Sten in die Hand gefügt, ganz in seine inneren Gedanken verloren, bis ihn plötzlich das Rauschen eines Frauengewandes aufhörte und eine bekannte, zarte Stimme deutlich erklang:

„Wo hier haben Sie sich versteckt? Sind Sie ein menschenhater Eifersüchtler geworden?“

Er sprang verwirrt empor und starrte sie überrascht, sprachlos an. Da ergriff sie mit schelmischer Gebärde von beiden Seiten mit zwei Fingern ihr Kleid und knigte wie ein kleines Mädchen vor ihm.

„Daher ich mir gestatten, Herr Brinkmann?“

„Noch immer sah er sie verständnislos an.“

„Sie - was? -“ rammelte er.

„Sie werden mir doch keinen Rord geben?“ fragte sie lächelnd. „Es ist Damenwahl. Darf ich bitten?“

„Noch einmal knigte sie. Da sagte er eilig nach ihrer Seite.“

(Fortsetzung folgt.)

Forderung über die Bürgerausschussaufstellung sei nicht genügend beantwortet. Ob bei einer nur teilweisen Bewilligung der Senat wiederkomme, kümmerer ihn nicht. Der Senat könne dabei machen, was er wolle. Jeder Handwerker müsse Kautions stellen, hier aber habe man einem wildfremden Manne die Verfügung über ganz kostbare Summen gelassen. Darauf sei vom Senatsschreiber so wenig geantwortet worden wie auf diejenige Frage des Herrn Ubers, warum vom Honorar nichts einbehalten worden sei.

Senator Gvers: Rechtsgelehrte haben die Angelegenheit geprüft und erklärt, daß dies eine reine Unmöglichkeit sei. Die Bürgererschaft wird in keiner Weise für die Nachforderung verantwortlich gemacht, sie soll nur die Summe bewilligen.

Legtmeyer: Moising erinnert Herrn Thiele daran, daß dieser seinerzeit ein Stadt- und kein Staatstheater verlangt habe. Heute müge eine Demonstration nichts mehr, wir müßten eben bezahlen.

Voose will eine genaue Nachprüfung der Rechnungen, um zu wissen, ob auch alles geliefert worden sei, was man bezahlt habe. Er spricht sich weiter gegen jede Grausifikation aus.

Senator Gvers: Alles was bezahlt wurde, ist geliefert worden.

Thiele wendet sich gegen Legtmeyer und hebt hervor, er sei für ein Stadt- und nicht für ein Vorstadtheater eingetreten.

Dr. Hyde führt die Position auf Seite 59 des Berichts an, nach der sich das Honorar für Herrn Dülfer durch die Überschreitungen vermehre und somit 20 000 Mk. mehr betrage. In Zukunft müßte dem vorgebeugt werden.

Senator Gvers: Durch die kurze Bauzeit hat auch Herr Dülfer große Aufwendungen gehabt, so daß sein Verdienst nur gering ist.

Vöbs findet einen Hauptfehler darin, daß kein festangestellter Bauführer vorhanden gewesen sei. Im übrigen befindet sich das Theater an der ganz richtigen Stelle.

Aber den Senatstrag wird von 21 Bürgerchaftsmitgliedern namentliche Abstimmung beantragt.

Die Gratifikationen im Betrage von 4700 Mk. werden auf Antrag Mantauß abgelehnt. Die Nachbewilligungssumme verringert sich jetzt auf 925 477,01 Mk.

In der namentlichen Abstimmung wird der Senatstrag mit 59 Stimmen angenommen, 98 Bürgerchaftsmitglieder stimmen dagegen.

Coleman ersucht, den folgenden Tagesordnungspunkt, die Wasserversorgung des Ausiedlungsgebietes in Rükknitz betr., abzusehen.

Senator Dr. Fehling kann dem nicht zustimmen.

Er bleibt auf der Tagesordnung.

Lippert: Die Kommission empfiehlt die Ablehnung dieses Antrages. Zwei Gründe waren dafür maßgebend: erstens die Verlegung von Rükknitz mit Feuerlöschwasser und zweitens der von Herrn Coleman angegebene, die Bauverhältnisse betreffend. Die Kommission konnte über die Hydrantenanlage und deren Kosten nichts Bestimmtes vorlegen. Die Art und Weise der Bebauung ist nicht so fortgeschritten, wie es gewünscht wurde. Warum, konnte die Kommission nicht näher prüfen. Für die geringe Bevölkerung kann eine zentrale Wasserversorgung nicht angelegt werden, denn die jetzige Wasserversorgung ist ausreichend genug.

Coleman erinnert an Travenandes frühere Trink- und Kochwasserhältnisse, die denkbar schlecht waren. Er rechne sich zum Verdienst an, die zentrale Wasserversorgung dort mit geschaffen zu haben. Auf dem gleichen Standpunkt sei er auch bei der Wasserversorgung in Rükknitz gewesen, bis volle Klarheit durch die Kommission geschaffen worden sei. Es ergäbe sich in Rükknitz mit geringer Wohnung sehr gutes Trinkwasser, deshalb sei vorerst zentrale Wasserversorgung, auch in Rücksicht auf die geringe Bevölkerung, nicht angebracht. Während überall in der Umgegend sich die Arbeiterbevölkerung ansiedle, stagniere Rükknitz vollkommen. Nur wenige Beamte des Hochofenwerks usw. wohnen dort. Die vorhandenen Wohnungen seien unzureichend für Arbeiter und kosteten zuviel Geld. Eine Dreizimmer-Wohnung koste in Rükknitz 400 Mk., eine solche von zwei Zimmern 300-350 Mk., während sie auf der Hochofen-Kolonie nur 200-300 Mk., in den alten Katen mit Garten 90-140, in Schlurup 150 Mk. Daß die Bebauung so langsam fortschreitet, macht der Vertrag mit dem Bauunternehmer Torfuß, dem die besten Plätze ausgeliefert wurden, so daß er sozusagen das Monopol besitzt. Er bezahle damals 170 Mk. pro Quadratmeter für anbaufähiges Terrain; dadurch kam also kein neues Bauen hergeleitet werden. Gewöhnlich zahlt Herr Torfuß für 66,200 Quadratmeter Terrain 4600 Mk. Zinsen, diesen Betrag darf er aber nicht auf die bebauten Grundstücke allein abwälzen, sondern er muß sie auf das ganze Terrain berechnen. So wird der bebauten Platz nur unerblich verteuert. Auch das Ziegeldach verteuert das Haus nicht oder nur unwesentlich, jedenfalls verschwindet das Bappdach immer mehr. Alles dies erklärt die hohen Mietpreise nicht, die Herr Torfuß fordert. Er hätte müssen verpflichtet werden, in einer bestimmten Zeit das Terrain zu bebauen. Der Vorschlag wurde damals auch gemacht, er wurde leider nicht berücksichtigt. Hindernd wirken auch die Kreditverhältnisse, die nur ganz kapitalkräftigen Unternehmern das Bauen erlauben. Könnten diese Abstände beseitigt werden, würde sich ein florieren dieser Kolonie bald bemerkbar machen. Deshalb muß dem Kommissionsantrag, die Vorlage abzulehnen, zugestimmt werden.

Senator Rabe sieht die Ursachen der langsamen Bauzeit nicht in den von Coleman angeführten Gründen. Die besten Plätze stünden nicht Herrn Torfuß, sondern dem Staat zur Verfügung, jedoch sei keine Nachfrage vorhanden.

Senator Dr. Lienau: In der Senatsvorlage ist eine Notwendigkeit für eine zentrale Wasserversorgung nicht behauptet worden, es soll nur über die Wasserversorgung überhaupt eine Entscheidung getroffen werden. Es wurde aber eine zentrale Wasserversorgung nach Lage der Umstände befürwortet, um so mehr, als die Röhren auf Beschluß der Bürgerchaft bereits gelegt sind. Wenn die Bürgerchaft glaubt, vorläufig noch sparen zu müssen, stellt sich dem Senat nicht entgegen. Jedenfalls bietet eine zentrale Wasserversorgung für die Familien manchen Vorteil. Man könnte die Angelegenheit vielleicht so regeln, daß der Anschluß nicht zur Pflicht gemacht wird. Der Anschluß an das Hochofenwerk sei so günstig, daß man ihn ohne weiteres ebenfalls genehmigen könnte. Die Vorsorge für das Feuerlöschwesen ist nur zur Berücksichtigung gegeben worden.

Hent (Wiltwisch) bestätigt die guten Wasserhältnisse in Rükknitz. Die Stagnation im Bauen rühre vom städtischen Aussehen her, daß die Arbeiter abhalte, dort zu wohnen. Die Arbeiter wollen bei ihrer Wohnung gleich den Garten haben. Das Hochofenwerk hat die Gewerbetreibenden abgeschlossen, und verlangt von ihnen 240 Mk. Abgabe, wenn sie dort handeln wollen. Da wir doch auch Teilhaber vom Hochofenwerk sind, müssen wir dafür sorgen, daß endlich einmal Gleichberechtigung eintritt und jeder mit den Hochofenwerkarbeitern in Verbindung treten kann, dann wird sich auch Rükknitz entwickeln.

Lippert ersucht nochmals um Ablehnung des Senatstrags. Eine Abhängigkeit beim Trinkwasser vom Hochofenwerk sei nichts Günstiges für den Staat, wir hätten da keine genügende Garantie. Das Hochofenwerk sei gar nicht verpflichtet, Wasser für Feuerlöschzwecke zu liefern. Mit der Bebauung kann es in Rükknitz nicht so weiter gehen. Als die Ansiedelung geschaffen wurde, ward besonders die Herstellung billiger Arbeiterwohnungen hervorgehoben. Von denen ist heute keine Rede. Die jetzige Bauweise steht nicht weniger als schön aus, der große Zwischenraum zwischen den einzelnen Häuserblöcken gewährt Einblick in die Geheimnisse der Höfe, die nicht immer sehr hübsch sind. Eine Prüfung ist hier unbedingt notwendig.

Senator Dr. Lienau: Die Bauweise in Rükknitz ist durch den Bürgerausschuß beschlossen worden; dem Senat kann daraus kein Vorwurf gemacht werden.

Coleman kommt auf den Vertrag mit Torfuß zurück, nach dem der Käufer wohl berechtigt, aber nicht verpflichtet sei, die Grundstücke bei Nichtbebauung zurückzugeben. Gewiß habe der Staat die besten Plätze noch in der Hand, aber diese taugten nichts für Arbeiterwohnungen, sie kämen höchstens für Geschäftskentele in Betracht. Vorläufig habe Herr Torfuß das Monopol in Händen, dem ein Damm entgegengelegt werden müsse. Reiner verweist noch auf die hohen Kirchensteuern, die in Rükknitz 15 Prozent der Einkommensteuer ausmachen, während sie in Liebeck nur 7 Prozent betragen.

Thiele empfiehlt den Händlern, auf der Chaussee zum Hochofenwerk ungenügend zu haufieren.

Dr. Wehke bezweifelt, daß das Hochofenwerk stets genügend Wasservorrat für Rükknitz habe.

Senator Dr. Lienau ist gegenwärtiger Meinung.

Lippert bestreitet, dem Senat einen Vorwurf gemacht zu haben. Er habe doch nur Prüfung und Änderung empfohlen.

Vöbs glaubt, daß sich Torfußs Rechte aus dem abgeschlossenen Vertrag ergeben.

Senator Rabe hebt wiederholt die vorhandenen guten Baupläge hervor.

Hent (Wiltwisch): Auf der Chaussee kann jeder handeln, doch das Werk selbst darf ohne Zustimmung des Direktors nicht betreten werden.

Der Senatstrag wird hierauf abgelehnt; zwei gestellte Ersuchen werden dem Bürgerausschuß überwiesen.

Beim Senatstrag betr. den Verkauf eines Arealis an die Firma Drägerwerk, Heinrich und Bernhard Dräger wendet sich

Dr. Schlomer prinzipiell gegen den Verkauf von Staatsgrundstücken. Wir verzichten darauf, jedesmal unsern Standpunkt darüber hier festzulegen; heute erscheint es jedoch angebracht. Sonst wird immer gesagt, zu welchem Zweck die Grundstücke hergegeben werden sollten, hieron ist in dieser ganzen Vorlage nicht die Rede. Eine Verbindung des zum Verkauf stehenden Arealis mit dem jetzigen Fabrikgrundstück der Firma Dräger ist auch nicht vorhanden. Es ist vollkommen unklar, welchen Zweck der Verkauf hat.

Aus Senator Rabe's am Pressefisch unverständlichen Äußerungen ist nur zu entnehmen, daß kein größerer Unternehmer seine Absichten verrate. Die Firma Dräger beabsichtige auf dem Grundstück, das am Wasser liege und mit der Fabrik zusammenhänge, jedenfalls Bestandteile für Unterboote usw. herzustellen.

Vöbs bemängelt die ungenaue Festlegung des Geländeausschnitts im Verträge.

Vom Senat wird ihm befriedigende Auskunft erteilt.

Der Senatstrag wird hierauf angenommen.

Dräger enthält sich der Abstimmung.

Am 7/11 Uhr wird die Sitzung auf Montag, den 5. Februar, vertagt.

Wie „vaterländische“ Siege zustande kommen.

Im westpreussischen Wahlkreis Elbing-Marienburg unterlag der Januschauer Junfer v. Oldenburg dem konservativen „vaterländischen“ Kandidaten Forstrat Schröder. Die Sozialdemokratie, die mit einem Minus von 57 Stimmen aus der Stichwahl gedrängt wurde, mußte natürlich Stimmenthaltung als Wahlparole aufgeben, weil es sich um zwei konservative Stichwahlkandidaten handelte. Die „vaterländischen“ Konservativen wollten das Mandat um jeden Preis in ihre Hände bekommen. Es kam ihnen nun darauf an, die sozialdemokratische Stichwahlparole möglichst wirkungslos zu machen.

So erhielt der Kassierer des sozialdemokratischen Vereins in Marienburg, Genosse Nowack, folgende Postkarte:

„Hummereffelle Herrn Nowack.
Willenberg b. Marienburg.
Marienburg, den 18. Januar 1912.

Würde mich sehr freuen, wenn Sie baldmöglichst zu mir kommen würden, da ich etwas mit Ihnen sprechen möchte.

Hochachtung
E. Blumenthal, Birkgasse, Ecke Juntergasse.

Als Genosse Nowack bei dem Herrn Blumenthal erschien, traf er dort noch einen königlichen Steuerkontrolleur und einen dritten Herrn. Die „vaterländischen“ Wahlstrategen boten unsern Genossen Bier und Madenhandel (westpreussischer Spezialfisch) an und rühten mit ihrem sauberen Plan heraus: Nowack möchte doch im Stichwahlkampf für den Forstrat Schröder tätig sein, wofür unser Genosse 100 Mk. erhalten würde!

Obgleich Nowack arbeitslos war, schwankte er nicht einen Augenblick und mit der Erklärung: „Ich bin Sozialdemokrat mit Leib und Seele und für den Judasdienst nicht zu haben. Meine Überzeugung verkaufe ich nicht für Geld“, verfechte unser Genosse der bürgerlichen Moral die verdienten Weisheitslehren.

Die „vaterländischen“ hinderte das freilich nicht, noch im letzten Augenblick Flugblätter mit der erlogenen Mitteilung zu verbreiten, daß die deutsche sozialdemokratische Parteileitung in Berlin die Stichwahlparole Stimmenthaltung zurückgezogen habe und daß es jedem sozialdemokratischen Wähler freigestellt werde, für Schröder zu stimmen.

Da der Wahlkreis neben den beiden Stadtkreisen zwei ausgedehnte Landkreise umfaßt, so war es unserer Organisation nicht möglich, dieses „vaterländische“ Schwindelmanöver aufzudecken.

Ferner erhielten nicht nur führende Genossen, sondern auch andere organisierte Arbeiter anonyme Briefe, in welchen „Arbeiter“ ihre Kollegen aufforderten, nicht Stimmenthaltung zu üben, sondern Schröder als „kleineres Übel“ zu wählen, damit der „furchtbare Oldenburg“ besiegt werde.

Das „vaterländische“ Organ in Elbing brachte endlich täglich Eingelände von „Arbeiter“ und „Arbeiter“ schrieb: „Ich werde Forstrat Schröder wählen. Eine Partei, die den von unserm Brotherrn bestirvorteten Kandidaten mit allen

Mitteln bekämpft, bekämpft auch uns Arbeiter...“ Ein anderer „Arbeiter“ erlaubte sich die Unterstellung: „Selbst der sozialdemokratische Reichstagskandidat Griespin hat es ja seinen Wählern deutlich in den Mund gelegt, mit einem leeren Kuvert zur Wahlurne zu gehen, und man kann nur annehmen, daß er damit einen Zettel für Forstrat Schröder einzulegen gemeint hat.“ Die Mahnung, leere Kuverts oder ungültige Stimmen abzugeben, war natürlich ernst gemeint, sie war diktiert von der Sorge um die abhängigen Wähler, die von den Unternehmern durch die Stimmverweigerung an die Wahlurne gezwungen werden sollten. — Für einen „vaterländischen“ Aufruf wurden in den Schwaubetrieben, wie in anderen Fabriken, deren Vorkler den „vaterländischen“ Verein gründeten, durch brutalen Terrorismus Arbeiter unterschrieben erpreßt. Einige Arbeiter gaben sich für 8 Mk. pro Tag und 6 Wfa. pro Unterschrift jedenfalls dazu her, bei ihren „Arbeitsbrüdern“ Unterschriften zu sammeln.

Am dieses Wahlbild vollständig zu machen, sei noch bemerkt, daß der „vaterländische Fische“ während des ganzen Wahlkampfes in Strömen floß. Verschiedene „wichtige“ Genossen besuchten sogar „vaterländische“ Versammlungen in den Nachbarorten, weil es „frei zu kaufen“ gab.

Das wären so einige Tatsachen, die man kennen muß, um den „vaterländischen“ Sieg in Elbing-Marienburg richtig zu würdigen. Erst dann kann der Fernstehende verstehen, daß die sozialdemokratische Stichwahlparole fast nur von den organisierten Sozialdemokraten gefolgt wurde; übrigens ein neuer Beweis dafür, wie notwendig die Schulung der Massen durch politische Organisationen ist.

Der „vaterländische“ Sieger ab, den die Reichspartei anscheinend sogar ablehnt, wird mit seinem besetzten Wahlschild keine ruhmvolle Rolle im Reichstage spielen.

Friede im deutschen Steindruckergewerbe.

Nach den gescheiterten Verhandlungen vom 10. und 11. Januar kam es nun nach weiteren Korrespondenzen, wie gestern schon kurz berichtet, zwischen den Vorständen beider Parteien in letzter Woche wiederum zu Verhandlungen im Berliner Papierhaus, an denen 15 Gehilfenvertreter und 10 Vertreter des Unternehmerverbandes teilnahmen. Diese Verhandlungen, die wiederum verschiedene Male zu scheitern drohten, brachten aber endlich doch eine Einigung. Es wurden „Vereinbarungen“ über die Lohn- und Arbeitsbedingungen im deutschen Steindruckergewerbe abgeschlossen, die sofort in Kraft treten und wonach die Arbeit von den Gehilfen möglichst sofort (in der laufenden Woche vom 29. Januar bis 4. Februar) an allen Orten und in allen beteiligten Betrieben wieder aufgenommen werden soll.

Aus diesen „Vereinbarungen“ heben wir folgendes hervor:

Die wöchentliche effektive Arbeitszeit für Steindrucker (auch Korrektur lithographen) beträgt 53 Stunden, für Lithographen 48 Stunden.

Kürzere als die 53 stündige bzw. 48 stündige Arbeitszeiten bleiben durch diese Vereinbarung unberührt.

Nach vierjähriger Lehrzeit erhalten Ausgelernte im ersten Gehilfenjahr einen nach den örtlichen Verhältnissen steigenden Mindestlohn, der nicht unter 20,50 Mk. betragen darf. (Dieser Mindestlohn wurde dann für die einzelnen Druckorte festgelegt und für die meisten Orte um 2, 2½ und 3 Mark erhöht.)

Die Lehrlingsfrage wurde neu geregelt. Überstunden, die tunlichst zu vermeiden sind, sollen mit 25 Prozent, Sonntags mit 50 Prozent Zuschlag entlohnt werden.

Als Extraentschädigung wird den mit Bronzierarbeiten beschäftigten Maschinenmeistern 50 Wfa. für den ganzen und 25 Wfa. für den halben Tag und weniger bezahlt, sofern keine staubfreien Bronziermaschinen vorhanden sind.

Ferien zu bewilligen, bleibt den Prinzipalen überlassen.

Der § 616 des B.-G.-B. erhält sinngemäße Anwendung. Die Kündigungsfrist ist eine vierzehntägige.

Der Arbeitsnachweis der Mitgliedschaften des Verbandes der Lithographen, Steindrucker und verwandter Berufe wird möglichst in erster Linie in Anspruch genommen. Die Vermittlung ist unentgeltlich.

Die Erledigung von Streitigkeiten obliegt den beiden Orts- resp. Kreisvertretern und Gauvorständen und in letzter Instanz den beiden Zentralen, denen solche sofort gemeldet werden müssen. Die beiden Zentralen haben sich im einzelnen Falle über die Beilegung von Differenzen mit tunlichster Beschleunigung zu verständigen. Vor der definitiven Entscheidung der beiden Zentralen dürfen von keiner Seite irgend welche Maßnahmen (Kündigungen, Sperre, Verweigerung von Überstunden, Zurückhalten mit der Arbeitsleistung usw.) ergriffen werden. Zu diesen Vereinbarungen wurden noch folgende bedeutsame Beschlüsse gefaßt:

Zu der Gehilfenforderung auf allgemeine Lohnzulagen erklärt der Schuverband: Die beiden Parteien haben sich bisher in der Lohnfrage auf den Standpunkt gestellt, daß lediglich der Mindestlohn für nach vierjähriger Lehrzeit Ausgelernte im ersten Gehilfenjahr, der nach den örtlichen Verhältnissen entsprechend abgehört wird, einer bindenden Regelung unterliegt und daß im übrigen die Lohnfrage der freien Vereinbarung nach Maßgabe der Leistungsfähigkeit und der Dauer der Beschäftigung vorbehalten bleibt. Von diesem Grundlag aus sind auch fortgesetzt Lohnverhandlungen von den Prinzipalen gewährt worden, wie die Statistik aufweist und sie werden auch in Zukunft gewährt werden. Auf Grund des um 13,9 Prozent erhöhten Mindestlohnes werden in Zukunft die Löhne der einzelnen Gehilfen sich ganz von selbst erhöhen. Darüber hinaus Erhöhungen der Minimallohne zu bewilligen, erklärten sich die Unternehmervertreter außerstande, sie wollen aber den Prinzipalen empfehlen, den Gehilfen, die bis 5 Mk. über den örtlichen Mindestlohn verdienen, innerhalb eines Zeitraumes von vier Wochen eine freiwillige Zulage zu bewilligen. Bis spätestens 1. Juli werden die Vertreter beider Parteien in Beratungen über die Festsetzung eines Wochenlohnes für sonst im Accord arbeitende Gehilfen eintreten. Jeder an der Bewegung beteiligte Betrieb hat bei der Einstellung von Gehilfen die Ausständigen zunächst zu berücksichtigen, soweit solche bis 1. Mai 1912 noch vorhanden sind. — Nach 18 wöchentlichem Kampfe sind nun diese Vereinbarungen zustande gekommen, die nicht alle Wünsche der Arbeiter befriedigen, aber doch einen wesentlichen Fortschritt in der Regulierung der Arbeitsbedingungen darstellen.

Aus der Partei.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion tritt am Dienstag, dem 6. Februar, im Reichstagsgebäude zu ihrer ersten Sitzung zusammen.

Die Republik China.

Da der Thron entgegen den gegebenen Versprechungen doch immer nicht abgedankt hat, ist der Ausbruch neuer Feindseligkeiten zu erwarten. Die Behinger Regierung versucht jetzt, den Waffenstillstand zu verlängern. Hoffentlich lassen sich die Revolutionäre nicht darauf ein; sie müßten doch endlich erkennen, daß man sie an der Nase herumführt. — Die Regierungstruppen rüsten sich bereits zum Kampfe.

Gewerkschaftsbewegung.

Unter den französischen Bergarbeitern gärt es. Man rechnet mit einem Aufstand.
Ein Generalstreik ist in Lissabon ausgebrochen.

Kommunales.

Der staatsgefährliche Gemeindeführer. In Lochau, einem Industriort bei Halle a. S., hatte die Dreiklassenvereiner sich dazu aufgeschworen, zur Entlastung des Gemeindevorstehers den sozialdemokratischen Gemeindevorsteher Hartmann als Protokollführer zu wählen. Durch die Zeitung erfuhr der Landrat des Saalkreises, ein Herr v. Kroßigk, von dieser Wahl, deren Staatsgefährlichkeit ihm sofort klar wurde. Als ihm auf seine Nachfrage der Gemeindevorsteher die Nichtigkeit der Zeitungsmeldung bestätigte, wurde flugs ein Schreiben nach Lochau geschickt, in welchem es heißt, daß dem Gemeindevorsteher Hartmann als Schriftführer der Gemeindevertretung nach § 84 der Landgemeindeordnung die Bestätigung verweigert werde. Da nun der angezogene Paragraph nur von Schulzen und Schöffen handelt, setzen unsere Genossen es in der Gemeinderatsitzung durch, daß die Wahl des Genossen Hartmann zum Schriftführer trotz des landräulichen Schreibens aufrechterhalten wurde, was dem Landrat auch offiziell mitgeteilt wurde. Jetzt kam vom Landrat kurzerhand der Bescheid, die beiden Beschlüsse der Gemeindevertretung seien ungültig. Der Gemeindevorsteher erhielt weiter den Befehl, die Protokolle der Sitzungen selbst zu führen. Leider fügte sich jetzt der Gemeindevorsteher. Aber unsere Genossen werden wegen der ungläubigen Eingriffe in die Selbstverwaltung des Verwaltungsvorgangs einleiten, da dem Landrat ein Bestätigungsrecht für Gemeindeführer nicht zusteht.

Soziales.

Eine Warnung vor unvorsichtiger Annahme von Stellen in Frankreich durch deutsche Mädchen wird gemeinsam von der württembergischen Ministerialabteilung für die höheren Schulen und dem evangelischen und katholischen Kirchenrat erteilt. Es heißt darin, daß deutsche Mädchen, die nach Frankreich in Dienste gehen wollen, sich vor allem über die Persönlichkeit der Dienstherrschin, insbesondere unter Inanspruchnahme des zuständigen Konsulats, erkundigen sollten. Zweckmäßigerweise sollen sie sich auch mit einem Geldbetrage versehen, der ihnen die Heimreise oder wenigstens einen zeitweiligen Behelf ermöglicht, wenn sie eine Stellung aufgeben müssen. Einen Heimreise oder Reisepass sollten die Mädchen, die im übrigen zur Einholung der erforderlichen Belehrung an den internationalen Verband der Freundinnen junger Mädchen gemeldet werden, unter allen Umständen vor Eintritt der Reise sich verschaffen. Vor der Annahme sogenannter Stellen „au pair“ wird grundsätzlich gewarnt. Auch die Lehrer an den oberen Mädchenklassen der Volks- und Fortbildungsschulen werden angewiesen, die Schülerinnen im Sinne dieser Warnungen zu belehren.

Aus dem Gerichtssaal.

Die Sittlichkeit auf dem Lande. Der Domomensohn Michael Vog aus Oberried hatte sich wegen Sittlichkeitsverbrechen vor dem Landgericht in Nürnberg zu verantworten. Vog hatte im Jahre 1908 mit einer 13jährigen Hauslerstochter wiederholt Geschlechtsverkehr, und zwar in der Wohnung des Mädchens, auf dem Felde und im Walde. Vog gab damals dem Mädchen in der Regel 10 Pfennig. Später, nachdem das Mädchen 14 Jahre alt war, unterhielt Vog mit ihm (der Sonntagsschülerin) ein regelrechtes Verhältnis. Das Mädchen wurde im Jahre 1910 Mutter und gab Vog als Vater an. Vog lehnte die Vaterschaft ab mit der Motivierung, daß nach ein anderer Wunsch in der eheunfähigen Zeit mit dem Mädchen verkehrt habe. Dies wurde erwiesen, und das Mädchen bekam für ihr Kind keine Alimente. Danach erstattete der Vater des Mädchens die Anzeige, die zu dieser Verhandlung führte. Vog wurde zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Bemerkenswert ist, daß dieses Mädchen, als es 10 Jahre alt war, von einem Birten vergewaltigt wurde. Der Birte wurde damals zu einem Jahre sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Aus Nah und Fern.

Zwei bekannte Persönlichkeiten, der Komiker Felix Schweighofer und der Lustspiel- und Possendichter Biffon sind gestorben. Ersterer wurde 69, letzterer 64 Jahre alt.

Staatsgefährlicher Schuttmann. Die liberalen Blätter aus Dessau gemeldet wird, ist dort ein Schuttmann vom Amte suspendiert worden, weil er dem Genossen Wolfgang Heine zu diesem Wahlsiege gratuliert haben soll. Damit ist das teure Vaterland vor schweren Gefahren behütet worden!

Aus der besten aller Welten. Aus Grambow in Pommern wird gemeldet: Auf dem Gebiete der Domäne Köttin sind an einer Wegkreuzung die Leichen des früheren Fleischbeschauers Lodiger aus Neuentirchen, seiner Frau und seines etwa einjährigen Kindes gefunden. Die näheren Umstände lassen auf Selbstmord von Mann und Frau schließen, der vermutlich seinen Grund in Nahrungslosigkeit hat.

Kabiote Patrioten. Im Wahlkreis Labiau-Wehlau ist bekanntlich der Fortschrittler Dr. Wagner dem Konservativen unterlegen. Die Differenzen zwischen Fortschrittler und Konservativen sind in diesem Kreise so tiefgehender Natur, daß in Labiau sogar das Essen zu Kaisers Geburtstag getrennt gehalten wurde. Als der konservative Militärarzt Dr. Reiner vom konservativen Essen heimkehrte, feuerte er, wie der „Vollständigen Zeitung“ telegraphiert wird, zwei Schüsse in den Saal, in dem die Liberalen zur Feier versammelt waren. Verleht hat der begeisterte Patriot freilich niemand, aber passieren wird ihm jedenfalls auch nichts, denn es werden vermutlich Strafausschließungsgründe gefunden werden.

Die Arbeitermorde in Dillenburg. Das „Luxemburger Wort“ meldet aus Dillenburg: Von den bei den jüngsten Arbeiterunruhen Verletzten ist am Sonntag einer gestorben. Die Zahl der Opfer beträgt jetzt fünf. Die Arbeit ist noch nicht wieder aufgenommen worden.

Ländliches Schulfeld. Unser Parteiblatt in Hannover schreibt über die Schulzustände in Förste am Harz: Verbesserungsbefürworter bestehen seit geraumer Zeit in der Schule in Förste am Harz. Vor mehr als zwei Jahren wurde bereits von der Regierung ein Neubau in Anregung gebracht, doch hängt der 76jährige Gemeindevorsteher so sehr

am Alten, daß über die Frage bislang noch nicht entschieden werden konnte. In den vier Schulklassen ist es außerordentlich schmutzig. Decken und Wände sind von qualmenden Lampen, die während des Fortbildungsschulunterrichts die Räume erhellten, geschwärzt. Der Fußboden ist stark angetreten und die einzelnen Flecken stehen finger-, auch handbreit auseinander, so daß die Matten — auch öfters während des Unterrichts — in die Räume dringen können. Bei einer von Mauern in einem Klassenzimmer ausgeführten Reparatur kamen aus einem Winkel nicht weniger als vierzehn dieser gefährlichen Tiere zum Vorschein, die dann erschlagen werden konnten. In ebenso schlechter Verfassung befinden sich Türen, Fenster und Sten; die letzteren sind gesprungen respektive aus dem Gesteige geraten. Infolge des schlechten Zustandes der Fußböden können die Räume nur selten geputzt werden und es ist zu vermeiden, daß durch den festgetretenen Schmutz nicht schon längst Krankheitskeime zum Ausbruch gekommen sind. Bei dem ersten Wetter herrscht in mehreren Klassen, die nach hinten liegen, Finsternis und es können von den Schülern Schreibarbeiten überhaupt nicht ausgeführt werden. In diesen Räumen müssen vier Lehrer, von denen zwei verheiratet sind und ebenfalls in diesen „Palästen“ wohnen, 250 Kinder unterrichten; mit welcher Lust wird jedem einleuchten. Während auf den Höfen der vielen wohlhabenden Bauern überall elektrisches Licht brennt, wird den erwachsenen Proletariatskinder bei qualmender Petroleumlampe der Fortbildungsschulunterricht erteilt, da die Schulklassen der elektrischen Leitung nicht angeschlossen sind. Besorgend ist, daß auch der im Orte ansässige Arbeitervereinsleiter Kreier in O. Oberhausen, der zu dem Neubau ebenfalls seine Zustimmung geben muß, das aller Kultur höhnisprechende Schulgebäude noch für ausreichend hält. Dabei sind die Ställe auf dem freiherren Güte in einer weit besseren Verfassung. Es zeigt sich hier wieder einmal, was unsere Junfer für die Bildungslücken des Volkes übrig haben. In wieviel kurzer Zeit würde wohl Remede geschaffen werden, wenn die Ehne dieser Herren in den Käufern nur acht Tage zubringen müßten?

Ein eiskaltes Gebiß in das Maul gelegt zu bekommen, ist zur Winterzeit den Pferden eine schreckliche Sache, wie sich jeder vorstellen kann, der selber den Versuch machen würde, ein eiskaltes Stück Eisen in den Mund zu nehmen. Seine Zunge bleibe gleich daran kleben. Das Gebiß der Pferde muß man im Stall aufbewahren und vor dem Gebrauche entweder in warmes Wasser tauchen oder mit einem wollenen Tuch richtig reiben, weil sonst unrettbar die Pferde beim Einlegen heftige Schmerzen empfinden oder wohl sogar an Zunge, Lippen und Gaumen Beschädigungen der Schleimhaut erleiden müssen.

Kleine Nachrichten. Auf dem Müggelsee bei Berlin erkrankte ein 25jähriger Mann beim Eislaufen. Drei weitere Personen wurden gerettet. — Im Weichselgebiet ist das Thermometer auf 25 Grad unter Null gesunken. — Mehrere Berliner Studenten unternahmen einen Ausflug nach den Hauenstein Bergen, um dort zu roben. Einer von ihnen stürzte und zog sich einen Schädelbruch zu. Auf dem Transport nach Hauensteinwalde ist er gestorben. — In Stettin haben sich zwei 16 resp. 17jährige Schüler erschossen. Sie konnten in der Schule nicht recht vorwärts kommen. — In Seyssel, Ober-Savoyen, wurden in einem Steinbruch durch vorzeitige Explosion einer Dynamitpatrone zwei Arbeiter getötet, fünf Lebensgefährlich verletzt. — Auf der Höhe von Lovestof sank der holländische Dampfer „Friendship“, wobei fünf Matrosen ertrunken sind.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Steiling. Verleger: J. H. Schwarz & Co. Druck: Friedr. Mener & Co. Sämtlich in Lübeck.

Komitee- und Kommissionssitzungen
D. T. V.
Vorstands-Sitzung
Mittwoch 8 1/2 Uhr.

Statt Karten!
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die vielen Kranzsenden, welche mir aus Anlaß des Hinscheidens meines Mannes, unseres guten Vaters erwiesen sind, sage ich hiermit allen Verwandten und Bekannten, sowie meinen Kollegen, besonders Genossen Stellung für seine Worte am Grabe, meinen besten Dank
Elisabeth Clausen Ww.
nebst Kindern.

Beerdigungs-Institut Gbr. Mütter
Fernsprecher 427. Mühlenstraße 13.
Uebnahme ganzer Beerdigungen.
Größtes Lager in Särgen, Grabstöcken, Metall-, Perl- u. Blattkränzen.
Einkleidungen jeder Art. * Billigste Preise.
Zwei leere Bettstellen Ein leid. Damen-Maskenanzug billig zu vermieten.
zu verkaufen. Wickenstr. 19, III. Werberstraße 2, part.

Für die vielen Gratulationen und Geschenke zu unserer Hochzeit danken herzlich.
J. Maack und Frau.
Zum 1. April eine kleine Zweistuben-Wohnung zu vermieten. Moislinger Allee 146 a.
Zum 1. Juli eine Wohnung mit Laden, passend für jedes Geschäft, zu vermieten.
Standortstraße 1. Näheres Friedenstr. 48.

Siegerin "Palmas" Mohra
Arch. u. Berufs-Kl.
F. W. Heyde, Königsstr. 32.
Bäckereien
J. Eixmann, Fischergrube 47.
R. Kasch, Fein-Weiß- u. Grobkücherei.
Ad. Hinzelmann, Welschestr. 23.
B. Plath, Libbeckstr. 3.
Beerd. u. Sarg-Mag.
Central-Beerdigungsanstalt
C. Thiesen & Sohn, Welschestr. 23.
Besonnanstalten
Hansa "J. Dettmann", Deckerstraße 51.

Erstein dreimal wöchentlich
Bezugsquellen-Verzeichnis
Den Lesern bei Einkäufen auf's beste empfohlen

Brauereien Elbschloss, M. Hofmann, Hansastr. 75. Kieler Schloßbräu, H. A. Wulfr, Untertrave 96, Entspr. 1274.	Drogerien W. Hohenschild, Marilst. 42c. T. 736. Aug. Prösch, Mühlenstr. 33. Germania-Drogerie, Röhrstr., Ecke Königsstr.	Friseur, Parfüm. Johs. Kühn, Ratzebg. Allee 42a.	Kurz-Weiss-Wollw. O. Sonnenwald, Lindenstr. 39. Paul Remien, Malente, Bahnhofstr.
Brennmaterialien H. Schmitt, Augustenstr. 14/14a. L. Wulfbrandt, Rosengarten 10.	Fahrräder, Nähmasch. H. Benthien, Fackenberg Allee 53. Deutscher Nähmaschinen-Haus, Gustav Rath, Frister & Rosmann - Nähmasch. Franz Busse, Wahnstr. 42. R. Köpcke, Albst. 31. Heinr. Körner, Gr. Burgstr. 23. St. Gertrud-Fahrradhaus, Joh. Meier, Arab. 12a. Erstklass. Räder u. Nähmasch. billig, Johs. Meyer, Königstr. 51. Carl Petersen, Malente, Babahlstr. 28. U. Krohn, Schwartau, Lib.-St. 7. Rep. Sämtl. Ersatz.	Galant., Spielwar. C. Bliesath Wwe. Sandstr. 9.	Manufakturwaren Johann Dittmer, Drögest. 12a. Paul Remien, Malente, Bahnhofstr. 1. Zimmermann, Malente, Bahnhofstr. 1. Hamb. Engros-Lager, Schwartau K. Quitzau, Schwartau, Marktstr. 14.
Butter-, Käsehdign. Ludw. Hartwig, Ob. Trave 8. H. Philipp, Tzpl. feinste Tafelbutter. W. Kocksleg, Hüxstr. 23. J. Semrau, Hüxstr.	Farben u. Lacke J. Becker, Domestr. 42. W. Hohenschild, Marilst. 42. P. 736. Ferd. Kayser, Breitest. 81. Aug. Prösch, Mühlenstr. 33.	Handels-Lehranst. Privat-Handels-Institut Herm. Lips, Dankwartsgrube.	Möbelmagazine Wintze & Stech, Möbel-Fabrik, Detail-Verkauf in der Fabrik. Möhlenstr. 47. W. Pamperin, St. Annenstr. 20. Wohnungsanrichtg. z. billigen Pre.
Cacao, Choccol., Tee Lina Schwarz, Libbeck, Hüxstr. 12.	Fleisch- u. Wurstw. Hans Gerds, Elswigstr. 1a. Prima Fleisch- und Wurstwaren. Chr. Gtpp. Moisinger Allee 4. Gothknecht, Gottlieb, Köhnstr. 104. Carl Joest, Wackerstraße 30. C. Klein, Pfaffenstr. 14. W. Lemcke, An der Mauer 41a. F. Märck, Kupferschmiedestr. 68. W. Palow, Fabrik mit elektr. Betr. Jul. Schöber, Gr. Burgstr. 55. Gust. Zach, Kottwitzstr. 32. L. Müller, Pa. Fleisch- u. Wurstwaren.	Hüte und Mützen Adolph Dimpker, Libbeck, Wahnstr. 9. Aug. Trost & Sohn, Holstenstr. 24.	Molkereiprodukte Hansa-Meierei u. Amme Lübeck'sche Molkereiprodukte aller Art.
Cigarrenhandlgn. A. Burmeister, Libbeck, Fackenberg Allee 48. Ludw. Hartwig, Ob. Trave 8. D. Kleeke, Königstr. 64, Ecke Hüxstr. Rob. Kieß, Engelsgrube 80. Paul Hartwardt, Seidnitzstr. 18. Cl. Jacob Meier, Warendorferstr. 19a. Conrad Rotke, Fleischhauerstr. 15. Paul Thiel, Steinstr. 8. Wilh. Böhne, Extin, Libbeckstr. 34.	Kino-Salon Biophon-Theater Brettestr. 52. Vornehmstes am Platze. Vollendetste Vorführ. lebender, singender, sprechender Photogr.	Häuten- u. Knab.-Gard. Joh. Dittmer, Libbeck, Drögest. 12a. Rudolph Karstadt, Extin.	Meiereien Meierei Rensefeld Inh. Paul Rensefeld. Vorteilhafteste Bezugsquelle für Milch und Butter. Meierei Schwartau Inh. Philipp Eitel. Tel. 2144. Milch und H. Molkereiprodukte.
Dampfwasch-, Plättanst. Groß-Dampfkücherei, Torck, Wäsche-Verteils-Institut T. 1623. Spezialität: Hans- u. Fein-Wäsche. Hansa, W. Roper, Friedenstr. 69. W. Krüger, Wackerstr. 34, Peizerstr. 1.	Herren- u. Knab.-Gard. Joh. Dittmer, Libbeck, Drögest. 12a. Rudolph Karstadt, Extin.	Häute und Mützen Adolph Dimpker, Libbeck, Wahnstr. 9. Aug. Trost & Sohn, Holstenstr. 24.	Optik u. Mechanik Carl Volger, Optisches Spezial-Geschäft. 58 Brettestr. 56.
Leser, Leserinnen, Arbeiter, Arbeiterinnen, berücksichtigt obige Firmen!	Hüte und Mützen Adolph Dimpker, Libbeck, Wahnstr. 9. Aug. Trost & Sohn, Holstenstr. 24.	Kolonial-, Fettwar. Feddler J. Behm, Hansastr. 97. Johs. Broede, Dankwartsgr. 37. Reinh. Biesen, Arminstr. 1a. Heinr. Franck, Wahnstr. 67. Ludw. Hartwig, Ob. Trave 8. Carl Hadoffsky, Marilst. 44. D. Lereh, Lg. Lohberg 37. Ernst Lüth, Spillerstr. 5. H. Schütz, Augustenstr. 14/14a. J. Searan, Hüxstr. H. Lettow, Extin, Weidestr. 4. Luis Rathmann, Schwartau. L. U. Krüger, Travenmünde.	Photogr. Ateliers O. Goetze, Libbeck, Gr. Burgstr. 15. Jul. Pingel, Johannstr. 15. Samson & Co., Farnspr. 1057.

Putz u. Modewaren
B. Döhrmann, Holstenstr. 18.
E. Pfennhows, Restaur.
Wacknitz-Strand, Libbeck, Blankstr. 23.
Schreibwaren
Ang. Burmeister, Libbeck, Allee 48.
Hl. Maxeim Wwe., Moisling Allee 40a.
Kl. Paulsen, Spez.: Briefmarken.
Schuhwaren
Rud. Möller, Hartenstr. 38. Reparatur.
Aug. Rostock, Pflanzhaus 5.
Rudolph Karstadt, Extin.
Paul Remien, Malente, Bahnhofstr.
Seifen, Toilette-Art.
Ludwig Hartwig, Libbeck, Ob. Trave 8.
Stahl-, Eisenwaren
Franz Gönzner, Fackenberg Allee 106.
F. Wichmann, Hüxstr. 46. Inger Stahlwaren.
Tapeten, Linoleum
Carl Bouleke, Libbeck, Königstr. 1.
Fritz Rehm, Beckerggrube 20.
Trikot-, Strumpfwar.
E. Ehlert, Libbeck, Brettestr. 15.
Uhren-Repar.-Werkst.
Amerikanische, Hüxstr. 71.
Fast jede Reparatur nur 1 Mk. 2 Jahre schriftliche Garantie.
Uhren, Goldwaren
August Büttner, Uhrmacher Hüxstr. 32.
Wilh. Westfeling, Holstenstr. 32.
H. Neumann, Schwartau.
Weine, Spirituosen
Fr. Geist, Libbeck, Röhrstr. 8. T. 1932.
Friedr. Orte, 43, emplich.
Prima Weine und Spirituosen.